

Wöchentlich 20 Blätter monatlich 3.- Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Schutzband im In- und Ausland 3.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der wichtigsten Sonntagsbeilage „Wort und Bild“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Himmels“, „Staubeloge“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Wort in die Buchwelt“, „Kulturarbeit“ und „Lehrling“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
18. Januar 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration der 80 Blätter, Heftnummer 5 - Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft (letzter Tag) 25 Blätter (täglich zwei Heftnummern), jedes weitere Heft 12 Blätter. Streifenhefte das erste Heft 15 Blätter, jedes weitere Heft 10 Blätter. Heftnummern über 15 Blätter haben für zwei Blätter. Reichsmark für Abonnenten. Seite 40 Blätter. Anzeigenpreise im Hauptgeschäft. Unternehmungs- und wöchentlich von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 556 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Die Krise im Zentrum.

Rebellion der Arbeiter in allen bürgerlichen Parteien gegen „scheinheilige Arbeiterfreundlichkeit“.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags hält heute Sitzung. Er wird sich außer mit der Frage der Nachfolgerschaft Gießlers auch mit der schweren Parteikrise beschäftigen müssen, die in den letzten Tagen zum offenen Ausbruch gekommen ist. Siegerwald hat zwar, wie schon gestern abend hier mitgeteilt wurde, sein Amt als Vorsitzender der Fraktion nicht niedergelegt, doch hat er in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß er die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der Reichstagsfraktion solange nicht ausüben könne, bis die zwischen ihm und dem Reichskanzler vorhandenen Differenzen bereinigt worden seien.

Der Kampf, der jetzt im Zentrum ausgebrochen ist, geht tief. Er geht nicht nur um taktische Fragen der Koalitionspolitik, um den Bürgerblock, er reicht an die tiefsten Wurzeln, an die Klassengegensätze.

In einem Leitartikel, der ein wahres Dokument der Zeitgeschichte ist, spricht der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, von der Erbitterung der Arbeiter und Angestellten, die bisher den bürgerlichen Parteien Heerfolge geleistet haben. Die Arbeitnehmer sind empört über ihre Aschenbrödelrolle, die „mit völliger Ausnutzung und gleichzeitiger Geringschätzung verbunden ist“. Wohl tue das gleiche Wahlrecht äußerlich seine Wirkung, auch habe es an der inneren Gesinnung der in jenen Parteien herrschenden Schichten nichts geändert. Nach dem „Deutschen“ steht die Sache so:

Was man politisch für notwendig hält, sind nicht die Arbeitnehmer, sondern ihre Wahlstimmen. Und um dieser Wahlstimmen willen macht man ein freundliches Gesicht und spricht schöne Worte, obschon es innerlich ganz anders ausschaut und insgeheim, in bestimmten Zirkeln, ganz andere Töne laut werden. Und hier wird auch

gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre gewettert, die als selbständiger Willensausdruck der Arbeitnehmer recht unbeliebt sind.

Und weil diese geheimen Reden gar nicht so selten sind, deshalb wird die Wendung von „den Gewerkschaftssekretären“ und deren unsachliches Streben gewohnheitsgemäß auch dort mal angewandt, wo es „tatsächlich“ unzulässig ist. Derartige passiert gewiß nicht nur dem Reichskanzler Marx; das ist vor ihm schon vielen anderen passiert und sehr wahrscheinlich wird zukünftig noch erst recht von den Gewerkschaftssekretären geredet werden. Sicher nicht nur in der Zentrumsfraktion. Denn auch darüber wollen wir gar keinen Zweifel aufkommen lassen: es sind nicht nur die Arbeitnehmer in der Zentrumsfraktion unzufrieden.

Auch in den anderen bürgerlichen Parteien sind die Arbeitnehmer, d. h. auch die Angestellten „geladen“.

Nur fehlt hier zum Teil noch die Stoßkraft und der direkte Anstoß zum „Kraach“, so wie etwa der bekannte Brief des Reichskanzlers Marx das Signal zum Angriff für die Zentrumsarbeiterschaft ist. Um dieses Briefes willen allein regte sich die Zentrumsarbeiterschaft gewiß nicht so auf. Sie sieht in ihm nur ein bezeichnendes Symptom für die vorherrschende Stimmung in der Partei, die in den letzten Jahren sich stark zuungunsten der Arbeitnehmer geändert hat.

Mit materiellen Zugeständnissen allein, so sagt der „Deutsche“ weiter, ist die Unzufriedenheit nicht zu bannen. Denn:

Was die Arbeitnehmer in den Parteien empört, ist das Fehlen einer wahren sozialen Volksgesinnung. Sie sind unwillig, weil sie immer noch als Menschen minderen Wertes angesehen werden.

Sie hassen die in allen Parteien übliche scheinheilige Arbeiterfreundlichkeit um der Wahlstimmen willen.

Sie sind empört, daß diese „Gesellschaft“, wie sie sich ausdrücken, keine wahre Gemeinschaft mit den Arbeitnehmern will. Das ist der tiefste Grund der großen Unzufriedenheit der Arbeitnehmer in den Parteien. Und in der Zentrumsfraktion kommt sie deshalb am schärfsten zum Ausdruck, weil heute die Arbeiterschaft dieser Partei die Lebensbasis gibt. Und das wissen die Arbeitnehmer. Die Parteien außerhalb des Zentrums aber tun gut daran, für die Entfernung ihres Explosionsstoffes rechtzeitig Sorge zu tragen. Täusche sich keine über den Ernst der Situation, vergesse keine in falscher Schadenfreude über die Schwierigkeiten der einen Partei die eigenen Sorgen und Notwendigkeiten. Die Zeit, wo die Arbeitnehmer sich mit schönen Worten zufrieden gaben, ist endgültig vorbei.

Gegen die Zuteilung der Aschenbrödelrolle in der Partei und im Staate werden sich die Arbeitnehmer mit aller Energie zur Wehr setzen.

Wir reden nicht der Gleichmacher das Wort, aber wir machen Front gegen eine kastenmäßige Abgeschlossenheit der oberen gegen die unteren Volksschichten; wir erheben Einspruch gegen die Niederhaltung der aufstrebenden, fähigen

Arbeitnehmerschaft. Es ist noch gar nicht so lange her, da hat selbst ein Industrieführer erklärt, es sei heute unmöglich, gegen die Arbeitnehmerschaft zu regieren. Diese Binsenwahrheit haben anscheinend nur wenige begriffen. Den anderen muß sie beigebracht werden. Doch ist es damit nicht genug, daß nicht gegen die Arbeitnehmer regiert wird, die Arbeitnehmer selbst wollen mitregieren. Wer einflusslos genug ist, sich dem zu widersetzen, wird es gewiß nicht ungestraft tun.

Die Arbeiter und Angestellten sind nun über die Gründe,

warum die bürgerlichen Parteien ihnen eine „scheinheilige Arbeiterfreundlichkeit“ entgegenbringen, hinreichend unterrichtet. Sie brauchen nur bei den nächsten Wahlen die Folgerungen ziehen. Dann werden sie regieren!

Der Vorstand und der Reichsausschuß der Zentrumsfraktion sind zu einer Sitzung am 29. Januar nach Berlin einberufen worden.

Untersuchung gegen Ungarn.

Wegen der Waffenschlebung.

Genf, 17. Januar.

Im Völkerbund verhängt sich der Eindruck, daß mit einem bevorstehenden Schritt der Kleinen Entente in der Affäre von Szent Gotthard zu rechnen sei. Man meint, daß die Kleine Entente durch einen ihrer Völkerbundsdelegierten, voraussichtlich durch den tschechoslowakischen Gesandten, eine Note überreichen wird, in der die Aufmerksamkeit des Rates auf den Waffentransport gelenkt und auf Grund des vom Rat im Dezember 1926 angenommenen Untersuchungsverfahrens eine Untersuchung gegen Ungarn beantragt wird, zunächst wegen dieses Einzelfalles.

Nach einer Belgrader Meldung des „Berliner Tageblatts“ soll die Anrufung des Völkerbundes durch die Kleine Entente beschlossen sein.

Gegen Deutschösterreich sind sie scharf!

Wien, 17. Januar (Eigenbericht).

Die „Liquidierende“ Militärkontrolle in Deutschösterreich soll mit dem 31. Januar aufhören. Die Völkerbunds-Konferenz hat deshalb verlangt, daß Österreich bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz über das Verbot der Erzeugung und der Ein- und Ausfuhr von Kriegswaffen verabschiedet. Dem hat der Nationalrat am Dienstag entsprochen.

In der Debatte stellte Genosse Dr. Ellenbogen fest, daß Österreich, obwohl es den Friedensvertrag loyal erfüllt, gezwungen sei, abzurufen, während die Siegermächte ruhig zusehen, wie Ungarn rüfte. Es liege geradezu eine Verhöhnung Italiens mit Ungarn gegen den europäischen Frieden vor.

Otto Braun über den Einheitsstaat.

Die Länderkonferenz ohne Ergebnis.

Die Länderkonferenz diskuterte gestern über die Referate und hörte dann ein weiteres Referat des preussischen Finanzministers Dr. Hüpler-Aichoff.

Das einzig positive Ergebnis dieser Konferenz sind die Reden, die in ihrem Verlaufe gehalten wurden. Sie lassen erkennen, daß von dieser Konferenz keine Förderung des Einheitsstaatsgedankens ausgehen wird — es sei denn, daß die Empörung über die reaktionär-konservative Darlegung der partikularistischen Kirchturnspolitiker aus Bayern und Württemberg den Eifer der Freunde des Einheitsstaates anfaßt.

Ein einziger Redner hat in großem Stile von staatspolitischen Gesichtspunkten aus das Problem, seine Größe und Schwierigkeiten gezeigt — der preussische Ministerpräsident Otto Braun. Seine wahrhaft staatsmännische Rede läßt den mangelnden Führungswillen der Reichsregierung, Ideenlosigkeit und Beschränktheit der reaktionären Regierungen um so schärfer hervortreten.

Die großzügige Rede Otto Brauns wurde am Montag nachmittag gehalten. Die Reichspressestelle, die die Berichterstattung übernommen hatte, ließ den Bericht der Berliner Presse am Dienstag abend zwischen 7 und 10 Uhr zugehen.

Hätte Otto Braun diese Rede am Vormittag im Reichstag gehalten, so hätten die Berliner sie eine Stunde später in allen Zeitungen lesen können. Es scheint, daß die Reichspressestelle beweisen wollte, daß Beamte keine Journalisten sind.

Die Rede Otto Brauns.

Auf der Länderkonferenz führte der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, am Montag aus:

Ich habe das, was ich zum Einheitsstaat zu sagen habe, programmatisch bereits vor einiger Zeit in einem Vortrag gesagt. Dieser Vortrag ist schon vor einem Jahre im Druck erschienen.

Zu meiner Freude kann ich konstatieren, daß eine Einmütigkeit — und das ist in der jetzigen Zeit immer schon etwas — zwischen allen Herren, sei es im föderativen, sei es im unitaristischen Lager, darüber besteht, daß die augenblicklichen staatsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland unbefriedigend und demgemäß auf die Dauer unhaltbar sind, und zwar unhaltbar aus finanziellen wie aus allgemeinen staatspolitischen Erwägungen.

Ich lege dabei — das möchte ich vorweg bemerken — auf die finanzielle Seite kein so großes Gewicht. Ich lege das Schwergewicht auf die staatspolitischen Verhältnisse, die meiner Meinung nach in dem allen Reiche zur errögendlich waren durch die Hegemonie Preußens und der Personal-

union, die sich zwischen der preussischen Regierung, zwischen der preussischen Spitze und der Spitze der Reichsregierung ergaben. In Weimar hat man diese Grundlage verfassungsmäßig verankert. Man hat einen Schritt zum unitaristischen Staat, zur größeren Vereinheitlichung unseres Staatswesens getan, ist aber diesen Schritt nicht zu Ende gegangen und

aus dieser Halbheit ergibt sich die ganze Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes.

Den Vätern ist die Staatshoheit mit ihrer Verantwortung überlassen; es ist ihnen aber das Rückgrat jeder Staatshoheit, das heißt die Finanzhoheit, im wesentlichen genommen. Da liegt die Wurzel des ganzen Übels, und das wird immer schlimmer, je mehr die Reichsgesetzgebung den Ländern weitere Aufgaben mit weiteren Belastungen und weiteren Kosten zuweisen muß, ohne für die Finanzierung, ohne für eine finanziell befriedigende Regelung Sorge tragen zu können. Solange unsere staatsrechtlichen Verhältnisse diesen unbefriedigenden, sagen wir einmal fast labilen Zustand haben, so lange werden wir auch nicht zu einer präzisen Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern gelangen können.

Damit komme ich auf eine Frage, die hier ja sehr eingehend erörtert worden ist: ob es notwendig und auch finanziell zweckmäßig ist, alle heutigen innerstaatlichen Gebilde aufrechtzuerhalten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß kleine Länder, die den Willen und die Kraft zur Eigenstaatlichkeit haben, gegen ihren Willen nicht gezwungen werden können, ihre Eigenstaatlichkeit aufzugeben. Wenn wir rein egoistisch-preussisch denken, ist jeder derartige Anstoß für uns kein Gewinn. Denn, meine Herren, die solventen Länder kommen ja nicht, es kommen ja nur die bankrotten! Ich habe kürzlich bei mir eine Zusammenstellung der Gemeinschaftsverträge zwischen Preußen und anderen Ländern machen lassen, und es ist festgestellt worden, daß Preußen zurzeit 389 derartige Verträge mit einzelnen benachbarten Ländern auf den verschiedensten Gebieten hat.

Wir werden sehr bald dahin kommen müssen, gewisse Ein- und Erklärungen der kleinen Länder „aufzusaugen“. Ich mache jedoch kein Geheimnis daraus, daß das Verschwinden dieser Entlasten und das Verschwinden der kleinen Länder nichts weiter als einige Schönheitsfehler beseitigen wird, ohne das Grundübel irgendwie an der Wurzel anzufassen. Herr Staatspräsident Bazille glaubt, der Einfluß Preußens im Reichstag sei noch viel zu stark, und wolle noch wesentlich geschwächt werden. Wie das über das sehr schon beliebte Maß hinaus möglich sein soll, ist mir nicht recht verständlich.

Wenn nun Herr Staatspräsident Bazille meint: Ja, die Preußen sind heute doch noch gar zu stark bevorzugt, denn die wählen ja zu zwei Dritteln den Reichspräsidenten und zu zwei Dritteln den Reichstag, ja nehmen Sie

mir, Ihre verehrter Herr Kollege, bitte nicht über, daß ich dieses Argument wirklich nicht ganz ernst nehmen kann. Ja, was wollen Sie denn?

Wollen Sie denn den preußischen Reichstags- und Reichspräsidentenwähler auch noch ein geringeres Stimmrecht dafür geben, daß es so viel Preußen im Reiche gibt?

Sehen Sie sich einmal den parlamentarischen Betrieb an: wer, in den Reichstag gewählt ist, ob er aus Württemberg oder aus Preußen gewählt ist, der wird in der Hauptsache sein Interesse auf die Reichspolitik konzentrieren und wird sehr oft, im Gegensatz selbst zu seinen engeren Parteigenossen in Württemberg oder Preußen, in bezug auf die Beurteilung der Landes- und der Reichspolitik zugunsten des Reiches stimmen.

Es zeigt sich, daß die Reichsbehörden geneigt sind, mehr und mehr sich eigene Verwaltungsbehörden draußen im Lande zu schaffen. Das zeigt auch die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes. Reichsministerien, deren Haupttätigkeit lediglich auf legislativem Gebiete liegt, denen die Korrektive der Erfahrung aus der örtlichen Verwaltung draußen fehlen, können ihre Aufgabe auf legislativem Gebiete auch nicht richtig erfüllen. Deswegen das Streben, sich draußen örtliche Behörden zu schaffen.

Wir sind aus dem sicheren Parteiregelschloß des Föderativstaates auf die Treppe nach dem Obergeschloß gegangen, wo der Einheitsstaat wohnt und auf halber Treppe sitzengeblieben. Auf die Dauer kann man das nicht. Wenn man die Vorschläge des Herrn Bazille durchdenkt, so wird das Übergewicht Preußens durch den Föderativstaat wiederhergestellt. Ob Sie diesen Föderativstaat wünschen, möchte ich bezweifeln.

Es gibt daher für mich nur ein weiteres Vornwärtsgehen. Man kann über die Berechtigung des historisch gewordenen ganz verschiedener Auffassung sein. Die angeblichen Stammeseinheiten haben bei der Abgrenzung der deutschen Länder nur eine ganz geringe Rolle gespielt. Als Napoleon eine gewisse Abgrenzung der inneren deutschen Länder schuf, hat er nicht an Stammeseinheiten gedacht, sondern nur daran, wie schwache ich Deutschland, Stammeseinheiten und staatliche Grenzen decken sich nicht immer.

Das eine möchte ich hier nur feststellen,

es besteht nicht nur eine Differenz über das Ziel, sondern noch verschiedene Auffassungen über den Weg.

Es besteht eine große Menge Projekte. Ich will mich nur mit zwei Problemen befassen. Das ist einmal der Gedanke, Staaten, die ihre Selbstständigkeit aufgeben wollen, zu Reichsländern zu machen. Das würde den unhaltbaren Zustand nur noch mehr komplizieren. Es ist weiter der Plan aufgetaucht, Preußen aufzuteilen und zu Reichsprovinzen zu machen. Dann kommen zu den jetzt bestehenden 18 Ländern noch 13 neue hinzu. Würde man nach dem Plan meines preußischen Kollegen Dr. Höpfer-Wschhoff die norddeutschen Länder zusammenschließen und in Reichsprovinzen aufteilen, so würde man damit die ganze norddeutsche Bevölkerung für minderen Rechts erklären. Es läme zu einer Spaltung des Reiches in ein norddeutsches Reich mit 50 Millionen Einwohnern und ein süddeutsches Reich mit 10 Millionen Einwohnern.

Man kann nicht den preußischen Provinzen die Länderrechte nehmen, den süddeutschen aber lassen. Wie sollten uns hüten, jetzt durch laute Kompromisse die Sache noch mehr zu komplizieren. Ich komme zu dem Ergebnis, wir müssen das große und ernste Problem ohne Berücksichtigung der zeitlich begrenzten Anzuträglichkeiten oder gemisser parteipolitischer Machtstellungen betrachten. Man soll auch nicht, das möchte ich dem Herrn Staatspräsidenten Dr. Bazille sagen, davon reden, daß die Bewirtlichung des Einheitsstaates dem Sozialismus zugute käme, den Zusammenbruch herbeiführen würde. Aus dieser Atmosphäre müssen wir die Frage herausnehmen und ich sehe deswegen auch für die heutige Konferenz keinen anderen Ausweg als den, den Herr Dr. Peterlen vorgeschlagen hat. So unsympathisch es mir an sich ist, eine schwierige Angelegenheit auf den Abschleppbahnhof eines Ausschusses zu schieben.

Es ist jedoch notwendig, daß dem Ausschuss eine gewisse Richtung gegeben wird, damit wir nicht hochgelehrte Denkschriften bekommen, mit denen wir nichts anfangen können. Darüber müßten wir uns wenigstens verständigen, meine Herren. Wir werden den Erfordernissen der nationalen Wirtschaft Rechnung tragen müssen. Unsere wirtschaftliche Entwicklung weist auf größere Vereinheitlichung. Es bleibt für mich nur das eine, der Weg, der in Weimar eingeschlagen worden ist, muß fortgesetzt werden.

Die Reichsgewalt muß gestärkt werden und das Reich muß weiter die gesetzgebende Gewalt, die die Verfassung ihm gibt, restlos ausschöpfen.

Wir unterhalten uns über die Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Oesterreich und mit der Rechtsangleichung zwischen den einzelnen deutschen Ländern haben wir uns noch gar nicht so sehr beschäftigt. Wir wollen die Dinge so klären und gestalten, daß alle Teile des deutschen Volkes die größere Vereinheitlichung unseres Staatslebens als berechtigt anerkennen. Dann ist eben ein Zwang nicht mehr nötig und wir werden die Form unseres Staatslebens finden, die die Reichsgewalt und die Kraft des deutschen Volkes stärkt.

Die Dienstag-Sitzung.

Am Dienstagmorgen wurde in der Länderkonferenz die Diskussion fortgesetzt. Es sprachen der bayerische Ministerpräsident Held, Bürgermeister Petersen, Hamburg, und der preußische Ministerpräsident Braun. Dann verließ man den ersten Punkt der Tagesordnung und ging zum Referat „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamer Finanzwirtschaft“ über, das der preußische Finanzminister Dr. Goepfer-Wschhoff erstattete.

Die württembergische Industrie gegen Bazille.

Die württembergische Industrie denkt über den deutschen Einheitsstaat und die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform wesentlich anders als Württembergs deutscher nationaler Staatspräsident Bazille. In einer Entschließung haben sich die württembergischen Industrie- und Handelskammern für eine Verbilligung der innerdeutschen Verwaltung, einen internationalen Zollabbau und eine gründliche und gleichberechtigte Disziplin- und Kreditpolitik eingesetzt. Zu dieser Entschließung führte eine von den Kammer durchgeführte Erhebung über die verminderte deutsche Wettbewerbsfähigkeit im Ausland, unter der namentlich die württembergische Fertigungsindustrie zu leiden hat. Die Not der Industrie steht nach Auffassung der Kammer in ursächlichem Zusammenhang mit dem Verwaltungslurus in Deutschland. Deshalb fordert die Entschließung u. a.:

Für Württemberg erlaßt sich die dringende Forderung, zunächst die Verbilligung der innerdeutschen Verwaltung herbeizuführen, wobei nötigenfalls auch liebgewordene, aber untragbare Einrichtungen der Vergangenheit angesichts der ersten Gegenwart und Zukunft geopfert werden müssen.

Diese Resolution der württembergischen Industrie gibt die allgemeine Stimmung der deutschen Wirtschaftskreise wieder. Damit wird sich am Donnerstag das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Berlin beschäftigen.

Deutsch-französische Freundschaft.

Ein Vortrag Jules Romains'.

Der Einbau der „Europäischen Tribüne“ in das ehemalige Herrenhaus waren gestern Abend so viele gefolgt, daß der Saal fast überfüllt war. Der deutsche Dichter Jakob Wassermann sagte in seiner Eröffnungsansprache, man müsse jetzt aus dem Siegesruhm der deutsch-französischen Annäherung ein folgerichtiges Dauerwerk machen. Die Erde sei zu klein geworden für egoistische Völkereizerei. Jeder nationalstetisch ummauerte entziehe sich freiwillig dem Dienst an der Menschheit. Nach ein Jahrhundert Streit und Krieg werden Deutsche und Franzosen endlich ihrer nahen Verwandtschaft bewußt.

Dann spricht, lebhaft empfangen, in seiner klaren und so vorbildlich deutsch ausgesprochenen Muttersprache der vielgelesene und vielaufgeführte französische Roman- und Theaterdichter.

Jules Romains.

Er rühmt Stresemann und Briand, deren Politik sie zu Vätern des kommenden Vaterlandes Europa mache, wofür die deutsch-französische Freundschaft Vorbedingung sei. Wenn andere Diplomaten, wenn Generale noch glauben, Annäherung und Gegnerschaft noch Bedarf abwechseln lassen zu können, so sagen wir ihnen:

Die Völker sind großjährig geworden und werden ihr Schicksal nicht mehr den Diplomaten und Generalen überlassen.

Der literarische Kosmopolitismus allein hat den schönen Mißbrauch der Literatur zur Völkerverehrung nicht verhindern können. Sollen wir jenen folgen, die uns lehrhaft beibringen wollen, diese Völker seien so verschieden, daß sie sich gegenseitig erst aus genaueste studieren, noch etwa so 40 Jahre warten müßten, dann könnte man ja vielleicht an Annäherung denken! (Große Heiterkeit.) Nein, es kommt uns gar nicht so sehr auf die Völkerverehrung an, es kommt uns auf den Willen zur Freundschaft an. (Lebhafte Beifall.) Es sollte eine Anzahl prominenter Franzosen herüberkommen und, wie ich, öffentlich sagen:

Wir betrachten euch Deutsche nicht als die Schuldigen am Krieg.

in den uns die Bündnisse der Diplomaten hineingezogen haben. (Stürmische Zustimmung.)

Die elsaß-lothringische Frage wird dann aufgeführt haben, zu bestehen, wenn bei einer Fahrt durchs Elsaß der Pariser den Berliner sagen wird: „M'a Deutsch das hier schon aussieht!“, und der Berliner das stillergerührt anhören wird —, wie heute schon der Spanier, dem auf der Fahrt zwischen Toulouse und den Pyrenäen der Franzose sagt: „Hier glaubt man ja schon in Kastilien zu sein!“

Romains sprach dann von der

Gemeinsamkeit der republikanisch-demokratischen Verfassung

und schlug die Gründung einer zweisprachigen Zeitung „Die deutsch-französische Freundschaft“ vor, die wirklich frei und nicht von „aktischen Bedenken“ und opportunistischen Rücksichten gehemmt sein sollte. Er hob unter den vielen schon bestehenden deutsch-französischen Verbindungen besonders die Arbeiterorganisationen hervor, die sich stärker als je allen nationalistisch-militaristischen Bestrebungen entgegenstellen, er betonte die große Bedeutung der Lehrer für die Freundschaft beider Völker und regte Bemühung der Ferien zum Kinder- und Lehreraustausch an. Die deutschen Lehrer würden vielleicht die französischen Dorfschulen noch präzisieren finden, die französischen Lehrer dafür wieder staunen über

die Langsamkeit, mit der manche deutschen Schulen sich vom alten Regime abzumenden scheinen. (Lebhafte Zustimmung.)

Und zum Schluß forderte Romains, daß die Freundschaftsbereiten auf beiden Seiten endlich die Kühnheit der Seele gewännen; wenn sie erst zu Millionen dastehen, brauchen sie nicht mehr zu fürchten, etwa schließlich betrogen zu sein. Würden unsere Gegner siegen, so wäre Europa verloren. Der Partei Europa gehört die Zukunft!

Die Versammlung dankte dem Redner durch eine begeisterte Ovation. Dieser Abend war nicht verloren.

Die Hohenzollernabfindung.

Wilhelm hat dreiviertel Millionen unberechtigt eingestekt. — Das Schiedsgericht wird angerufen.

Zwischen dem preußischen Staat und dem ehemaligen Königshaus haben sich bei der Abwicklung des Auseinanderlegungsovertrages Differenzen ergeben, die den preußischen Finanzminister gezwungen haben, das im § 15 des Abwicklungsvertrages vorgesehene Schiedsgericht anzurufen. Es besteht aus drei Mitgliedern, von denen der Staat und das vormals regierende Königshaus je einen ernannt.

Den jetzigen Streitigkeiten liegt folgender Tatbestand zugrunde: Im Jahre 1918 wurde das zum preußischen Kronvermögen gehörige Vermögen mit Beschlag belegt und die Verwaltung dem preußischen Finanzministerium übertragen. Zu den Kosten der Verwaltung gehörten die Steuern, die an das Reich abgeführt wurden, ferner wurden laufende Zuschüsse für den Unterhalt des Königshauses in Höhe von insgesamt 1.680.000 M. gezahlt. Dazu kamen noch einmalige Zuschüsse auf besondere Anforderung von rund 43.000 M. Mehrfach sah sich die Hofkammer, um ein Defizit in ihrem Haushalt zu decken, genötigt, Kredite aufzunehmen, die das Hofkammergut mit rund 780.000 M. belasteten. Dieses De-

fizit kam daher, daß die Mitglieder des früheren Königshauses weit über ihre Verhältnisse lebten.

Von dem der Generalverwaltung überwiesenen Gesamtbetrag von 1.680.000 M. wurden nur 900.000 M. durch reale Einkünfte der Hofverwaltung gedeckt. Dem Rest von 780.000 M. standen Verpflichtungen in derselben Höhe gegenüber. Nach dem Auseinanderlegungsovertrag von 1925/26 verblieb dem Staat etwa die Hälfte des Hofkammergutes, dem vormaligen Königshaus ebenfalls die Hälfte. Infolgedessen kam die preußische Staat geltend machen, daß die Steuern von den Pächtern, welche nach dem Auseinanderlegungsovertrag von jeher als dem Staat gehörig erklärt worden sind, ohne rechtlichen Grund gezahlt worden seien und daher zurückgefordert werden könnten. Auch die zum Unterhalt der Mitglieder der ehemals königlichen Familie gezahlten Zuschüsse sind zur Hälfte ohne rechtlichen Grund gewährt worden und daher zur Hälfte dem ehemaligen Königshaus dem Staat zu erstatten. Das preußische Finanzministerium hat im Laufe von Verhandlungen nun von den Hohenzollern die Rückzahlung von 780.723,10 M. verlangt und den Hohenzollern eine Erklärungsfrist bis zum 15. Januar gelassen. Diese Erklärung wurde nicht abgegeben.

Volkspartei für Konkordat?

Der verhängnisvolle § 16a des Schulgesetzes.

Ein schwerer Betriebsunfall ist der Deutschen Volkspartei bei der Beratung des Schulgesetzes zugefallen. Im Einverständnis mit den übrigen Koalitionsparteien wurde nämlich dem Schulgesetzentwurf ein § 16a angefügt, der bestimmt, daß ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsgesellschaften über den Religionsunterricht bestehen bleiben solle, wenn es bereits durchgesetzt oder durch Vereinbarung festgelegt ist. Die Volkspartei sah darin eine Sicherung der bestehenden Verhältnisse in einzelnen Ländern wie Thüringen und Mecklenburg. Praktisch jedoch bedeutet der neue Paragraph, daß damit auch das zwischen Bayern und der Kirche abgeschlossene Konkordat die reichsgesetzliche Billigung erhält. Dieses Konkordat sieht ausdrücklich die Bewilligung und Leitung des Religionsunterrichts in allen Schularten durch die Kirche vor.

Bisher hat die Deutsche Volkspartei ihren Kampf gegen das Schulgesetz immer damit begründet, daß eine geistliche Schulaufsicht abzulehnen sei. Auch das bayerische Konkordat hat sie in den härtesten Tönen bekämpft. Jetzt hat die Deutsche Volkspartei durch den Koalitionsantrag des Konkordats in aller Form gebilligt. Wenn sie vor ihren Wählern bestehen will, wird sie ihre Haltung revidieren müssen. Das aber bedeutet neuen Krach in der Koalition. Unterwirft sie sich jedoch den Forderungen der Kirche, dann ist es mit dem neu entdeckten und pompös propagierten Liberalismus der Deutschen Volkspartei im Lande zu Ende. Man kann gespannt sein, wie sie sich aus der Affäre ziehen wird. Ohne neue Auseinandersetzungen innerhalb des Rechtsblocks dürfte es dabei jedoch wohl nicht abgehen.

Änderung des Reichsmietengesetzes.

Versuchte Beseitigung des Mieterschutzes.

Das Reichsmietengesetz ordnet die Möglichkeiten der Festlegung der Miethöhe. Für die vom Mieterschutz befreiten gewerblichen Räume und große Wohnungen waren diese Voraussetzungen gefallen. Die Vorlage der Regierung gibt Übergangsbestimmungen für die Mietfestsetzung auch für die freigegebenen Räume. Insofern war die Vorlage zu begrüßen. Die Wirtschaftspartei versuchte das Mietengesetz überhaupt aufzuheben, die Deutsche Volkspartei wollte das Wohnungsmangelgesetz und die Wohnungssämter beseitigen, während der Bürgerblock unter Führung des Zentrums den Abbau des

Mietengesetzes betrieß. Auf Antrag des Dr. Krone vom Zentrum wurde zu § 1 beschlossen:

„Diese Vorschriften finden keine Anwendung auf Mietverträge, die nach dem 1. April 1928 auf mehr als zwei Jahre neu abgeschlossen werden und sich entweder auf Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen und mit mindestens 100 Quadratmeter Wohnfläche oder ausschließlich auf gewerbliche Räume beziehen.“

Abg. Binnefeld, Deutsche Volkspartei, forderte die Herausnahme der Miethäuser aus dem Mietengesetz. In Leipzig sind die städtischen und privaten Miethäuser in einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen, die auch die Miethöhe der Ausmietungsräume regelt. Hier von wollen die Besitzer der Privatmiete Häuser loskommen, um Freiheit in der Mietfestsetzung zu bekommen und um sich von den Werbesteuern für die Messe zu befreien. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Sozialdemokraten wollten die Vorschrift beseitigen, daß die Landesbehörden den Schutz der Reichsgesetze lockern können. Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt wie das Verlangen, daß auch die Mieten der Untermieter, die aus dem Mieterschutz herausgenommen worden sind, durch die Mieteingangsämter festgesetzt werden können.

Das Reichsmietengesetz soll am 16. Februar 1928 in Kraft treten und wurde bis 31. März 1930 befristet.

Begrüßung des IGB.

Gestern Abend fand im ehemaligen Herrenhaus aus Anlaß der Tagung des IGB. ein Empfang statt, zu dem vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund außer den Delegierten die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und der Stadt Berlin geladen waren. Genosse Beipart begrüßte zunächst die Anwesenden, worauf der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Namen der Reichsregierung erwiderte. Der Reichsarbeitsminister wies darauf hin, daß die Erbauer dieses prunkvollen Hauses gewiß nicht daran gedacht hätten, daß dieses einstmals die Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung beherbergen würde. Dr. Brauns schloß seine Rede mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. Genosse Hermann Müller sprach im Namen der Sozialdemokratischen Partei und wies auf das innige Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften hin. Diesem Zusammenarbeiten sei es zu danken, wenn die Arbeiterbewegung in Deutschland alle die furchtbaren Krisen der letzten Jahre erfolgreich überstanden habe. Zum Schluß sprach Jouhaug und wies besonders auf die Aufgaben hin, die der Internationale zur Schaffung des wahren Friedens gestellt sind.

Aus der preussischen Kunstverwaltung.

Prof. Schmitz über die Gründe seines Ausscheidens.

Prof. Dr. Hermann Schmitz hat das dem Kultusminister am 21. November vorigen Jahres eingereichte Gesuch um sofortigen Abschied aus dem Dienste der staatlichen Museen wiederholt und ist am 1. Januar endgültig aus dem Schlossmuseum ausgeschieden.

Ueber die Gründe seines Ausscheidens äußert sich Prof. Schmitz in einer längeren Erklärung, der wir entnehmen, daß die Uebergebung bei der Besetzung der Direktorstelle des Schlossmuseums nicht die alleinige Ursache für die Aufgabe seines seit 23 Jahren verwalteten Amtes gewesen ist. Ausschlaggebend war vor allem die Art, wie das Kultusministerium und die Generalverwaltung der Museen Schmitz's Vorgehen in der Angelegenheit des Tauschgeschäfts mit den beiden Regencezimmern des Kunstgewerbemuseums behandelt hat.

„Ich hatte“ — schreibt Schmitz — „die durch den damaligen Museumsreferenten Herrn Dr. Ernst Gall bei dem Herrn Kultusminister Dr. Becker erwirkte Genehmigung zu der von dem Generaldirektor Herrn Dr. Otto von Falke beantragten Abgabe der beiden für das öffentliche Kunstleben, den Volksgeschmack und die Handwerkerbildung unentbehrlichen wertvollen Räume an den Handel gegen ein im Werte tief darunter liegendes Objekt rückgängig gemacht, und zwar mit Hilfe der Hochvertreter im Preussischen Landtag und durch einen Appell an das öffentliche Gewissen. Meine Pflicht gegenüber den Staatsinteressen ließ mir keinen anderen Weg übrig, um das Land vor dem drohenden schweren materiellen und ideellen Verlust zu bewahren, da ich früher gegen so zahlreiche Maßnahmen der preussischen Kunstverwaltung — es sei hier nur der Opernhausumbau genannt — wie auch innerhalb der gebotenen Grenzen gegen eine Reihe von Maßnahmen des Herrn von Falke vergeblich meine warnende Stimme erhoben hatte. Nachdem ich also diese wertvollen, bereits nach Frankreich verkauften Denkmäler des nationalen Kunstbesitzes dem Staat gerettet hatte, hat der Herr Minister mir wegen meines Vorgehens in dieser Sache — wie übrigens auch wegen meines öffentlichen Eintretens gegen den Opernhausumbau — in einem auch in der Form überaus kränkenden Schreiben vom 29. September 1927 die schärfste Mißbilligung ausgesprochen und mir größtenteils Berichtigung der Beamtenpflichten vorgeworfen!

Dieser Vorwurf des Herrn Ministers und seine Auswirkung in dienstlicher Beziehung mußten mich um so härter treffen, als der Berater des Herrn Ministers, Herr Dr. Ernst Gall, der ohne Befragen des besten Kenners der Museen auf dem Gebiete der Innen- und der Außenpolitik die ministerielle Genehmigung zu dem Tauschgeschäfte erteilt hatte, mich Jahre hindurch bei der vorgelegten Behörde wie auch anderwärts in meiner Befähigung, in meinen Leistungen und meinem Charakter herabgewürdigt hatte, so nach meinem Eintreten für Wilhelm von Bode gegen die Verunglimpfungen des Herrn Dr. Gall, keinen Anstand genommen hatte, Urteile abzugeben, die darauf abzielten, die Grundlagen meiner Existenz zu untergraben. Der Herr Minister und der Leiter der Kunstverwaltung, Ministerialdirektor Renzow, haben mir trotz wiederholter Vorstellungen Schutz nicht gewährt. Herr Gall hat aber auch im Einvernehmen mit dem Herrn Generaldirektor der Schlösser und Gärten, Dr. Hübner, durch Erlaß eines Verbotsschreibens durch den Untersuchungsbeamten denselben gezwungen, die wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf diesem Gebiet abzustellen, denen er zum Zweck der Fruchtbarmachung des wichtigen nationalen Kunstgutes der Schlösser einen wesentlichen Teil seiner Lebensarbeit gewidmet hatte.

„Also nicht nur Pflicht und Ehre, sondern auch der Umstand, daß eine gedeihliche Zukunft für meine Wirksamkeit innerhalb der preussischen Kunstverwaltung durch die Berater des Ministers meiner Ueberzeugung nach abgeschnitten war, haben mir das Ausscheiden aus dem preussischen Staatsdienst zur Notwendigkeit gemacht.“

Briand frühstückt bei Hoesch.

Zu Ehren von Dr. Josef Wirth.

Hochheiter v. Hoesch veranstaltete gestern in der deutschen Botschaft in Paris ein großes politisch-diplomatisches Frühstück zu Ehren des in der französischen Hauptstadt weilenden früheren Reichsstattdirektors Dr. Joseph Wirth. Der Einladung waren vier amtierende Minister gefolgt: Herriot, Bokanowski, Lequeux und Briand. Es war das erste Mal seit 1914, daß Briand in der deutschen Botschaft frühstückte. Es waren außerdem mehrere hohe Beamte und Diplomaten anwesend, auch der Kabinettschef Poincaré, Ribière, war erschienen. Führende Politiker, insbesondere der sozialistische Kammerpräsident Fernand Bouisson sowie die Genossen Leon Blum und Moutet nahmen an dem Frühstück teil.

Erst vor wenigen Tagen hatte die „Kreuz-Zeitung“ darüber getobt, daß die Adgg. Koch-Weser und Wirth in Paris von offiziellen Persönlichkeiten empfangen worden seien, und sie hatte den Verdacht geäußert, daß sie sich dort im Hinblick auf den kommenden Wahltag der Linken eine Art „Rebenregierung“ ausspielten. Das deutsch-nationale Blatt forderte die Reichsregierung auf, von den beiden Linkspolitikern öffentlich abzurücken, deren Einfluß in Deutschland „gleich null“ sei. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ witterte ähnliche Gefahren.

Gewissermaßen als Antwort auf diese deutsch-nationale Forderungen hat der Vertreter der Reichsregierung in Paris dieses große Frühstück zu Ehren Wirths veranstaltet. Wird die stärkste Regierungspartei diese Blamage stillschweigend einstecken?

Hitlers Fränkli.

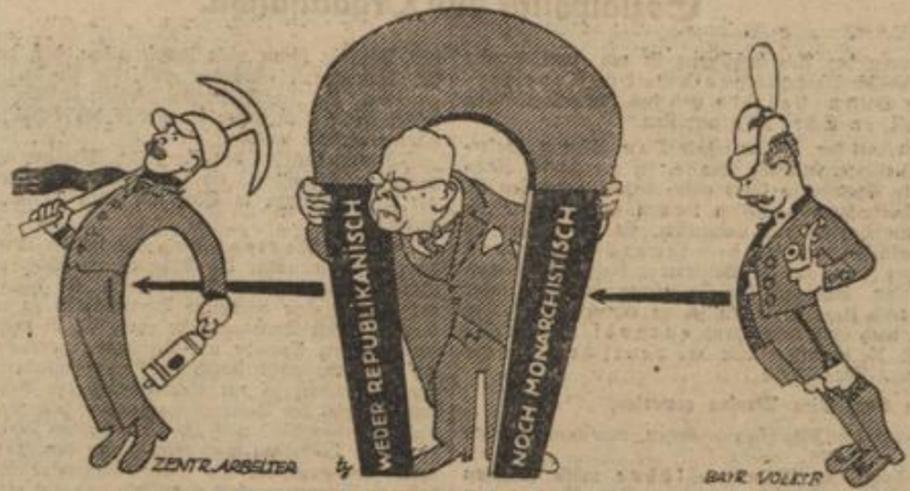
Das Unternehmergeld der National-„sozialisten“.

Karau, 17. Januar.

In einem Brief des Dr. Gantzer an Kammann-München, wird, wie im „Berliner Tageblatt“ zu lesen war, dem letzteren mitgeteilt, daß es gelungen sei, in der Schweiz Interessenten zu finden, die bereit wären, einen Betrag von 30 000 bis 35 000 Franken für Hitler zur Verfügung zu stellen. Das „Karauner Tageblatt“ erklärt sich ausdrücklich zu der Mitteilung ermächtigt, daß von dieser Summe 20 000 Franken auf eine deutsche Großfirma entfallen, die den Betrag nicht von ihrer in Deutschland gelegenen Gesellschaft nach München überweisen wollte und es deshalb vorzog, die Annahme durch ihre Schweizer Filiale vornehmen zu lassen. Weitere 10 000 Franken wurden von Reichsdeutschen in der Schweiz gespendet, und eine Summe von annähernd 3000 Franken wurde von Antifemiten der Schweiz beigetragen.

Der ehemalige tschechische Generalkonsul Galda ist nun endgültig zur Degradation verurteilt, und zwar wegen Spionage für Rußland und wegen Vorkaufbereitschaft in Prag.

Der Zentrumsmagnet.



Marg: „Dieser Magnet sollte das Zentrum zusammenhalten. Leider habe ich nicht bedacht, daß ein Magnet auf einem Pol anzieht, aber auf dem anderen abstößt!“

Fall Böttcher vor dem Ausschuss.

Eine posthume Beratung.

Der seltene Fall, daß über eine Eingabe für einen bereits hingerichteten verhandelt wird, ereignete sich am Dienstag vor dem Reichsausschuß des Preussischen Landtags. Diese Lage war dadurch entstanden, daß die Verteidiger des zum Tode verurteilten Raubmörders Böttcher noch unmittelbar vor der Vollstreckung des Todesurteils eine Eingabe um Begnadigung an den preussischen Landtag gerichtet hatten, der aber das Staatsministerium keine aufschiebende Wirkung zuerkannte.

Böttcher ist wegen Lustmordes an der kleinen Senta Eckart und wegen Raubmordes an der Gräfin Lambdorff zweimal zum Tode verurteilt worden, außerdem noch wegen insgesamt

13 Notzuchtverbrechen, versuchten Notzuchtverbrechen und Raubüberfällen.

meist auf weibliche Personen sowie wegen Sodomie zur höchsten zulässigen Zuchthausstrafe. Kurz vor seiner Hinrichtung hatte die Verteidigung noch ein Wiederaufnahmeverfahren und eine Auslieferung der Strafvollstreckung wegen Geisteskrankheit zu erreichen versucht, nachdem jedoch drei ärztliche Sachverständige übereinstimmend auf das bestimmteste Geisteskrankheit verneint hatten, hatte die Beschuldkammer des Landgerichts den Antrag auf Wiederaufnahme, und die nach unmittelbar vor der Hinrichtung in der Morgenfrühe zusammengerufene Beschwerdekammer des Kammergerichts die hiergegen erhobene Beschwerde der Verteidiger abgelehnt.

Der Berichterstatter, Abg. Kuttner (Soz.) bekannte, daß er als prinzipieller Gegner der Todesstrafe auch in diesem Falle äußerster Befähigung sie ablehne, weil sie weder bessernd, noch auf Naturen vom Schlage Böttchers abschreckend wirke. Allerdings müßten Menschen wie Böttcher dauernd für die Gesellschaft durch Einschließung unschädlich gemacht werden. Da aber die Todesstrafe nun einmal Gesetz sei und die alljährlichen Anträge der Sozialdemokratie auf ihre Abschaffung bisher keine Mehrheit gefunden hätten, so könne der Ausschuss nur prüfen, ob das Staatsministerium etwa seiner Pflicht und dem Gesetz zumider gehandelt hätte, indem es die Strafe vollstreckte ehe der Landtag über das Gesuch für Böttcher entschieden habe. Diese Frage müsse verneint werden. Das Gesetz lege die Entscheidung über die Vollstreckung der Todesstrafe in die Hände der Obersten Gnadeninstanz, des Staatsministeriums. Der Landtag sei keine übergeordnete Gnadeninstanz und könne der Exekutive die Verantwortung nicht abnehmen, ganz abgesehen von den praktischen Unmöglichkeiten, die ein solcher Versuch durch Landtagsferien, Verhörungen, Obstruktion usw. zur Folge haben könnte. Da die Mehrheit des jetzigen Landtags bekanntermaßen Anhänger der Todesstrafe sei, so würde für den hingerichteten Böttcher ein Aufschub der Hinrichtung bis zur Erledigung seines Gesuchs praktisch

nur eine Verlängerung der Todesqual

bedeuten. Allerdings seien auch Fälle denkbar, in denen sich das Staatsministerium der Stimme des Landtags nicht verschließen solle. Er erwarte von der Einsicht des jetzigen Justizministers Schmidt-Lichtenberg, daß in solchen Fällen die Regierung die Vollstreckung der Todesstrafe stillieren werde, bis der Landtag gesprochen habe.

Der Vertreter der Justizministeriums, Ministerialdirektor Huber, trat den Ausführungen des Berichterstatters bei und betonte, daß auch bei Todesurteilen die Regierung keineswegs grundsätzlich ein Votum des Landtags ausschalten moße und werde. Im vorliegenden Falle aber habe die Regierung auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Aufschübung der Vollstreckung nur zu einer Verlängerung der Qual des auf Entscheidung Wartenden geführt hätte, da die Regierung eingeschlossen war, an ihrem Standpunkt festzuhalten. Von Interesse war in den Ausführungen des Regierungsvertreters, daß die Anwälte des Hingerichteten erst im letzten Augenblick vor der Hinrichtung äußerst aktiv geworden sind, während sie sich vorher drei Monate lang um den Ber-

urteilen nicht gekümmert und ihn nicht einmal zwecks Feststellung der angeblichen Geisteskrankheit besucht hatten.

Die Redner der übrigen Parteien traten diesen Ausführungen bei. Nur die Kommunisten, bekanntlich für Rußland glühende Anhänger der Todesstrafe, suchten auch hier wieder Agitationsmaterial herauszuschlagen, indem sie die grundsätzliche Gegnerin der Sozialdemokratie gegen die Todesstrafe verdächtigten. Der Abg. Menzel allerdings mit der etwas seltsamen Begründung, daß nichts dagegen einzuwenden gewesen wäre, wenn jemand den Böttcher, „diese Bestie in Menschengestalt“, bei Begehung seiner Taten überträtet und

gleich an Ort und Stelle totgeschlagen

hätte. Der Kommunist Obach, der seinen Sinn für den Ernst der Angelegenheit durch dauerndes Gelächter und „wichtige“ Zwischenrufe bekundete, brachte einen Antrag ein, wonach das Staatsministerium vor jeder Vollstreckung einer Todesstrafe erst die Stellungnahme des Landtags abwarten müsse. Dabei unterstrich auch er den Standpunkt des Berichterstatters, daß der Landtag keine dem Staatsministerium übergeordnete Gnadeninstanz sei und allein die Verantwortung trage.

Abg. Kuttner erklärte nochmals, daß die moralische Verantwortung für alle Hinrichtungen

die Parlamentsmehrheiten tragen, die sich der Abschaffung der Todesstrafe widersetzen.

Solange die Todesstrafe bestehe, lasse sich das Ziel ihrer Beseitigung auf Schleichwegen nicht erreichen. Die Sozialdemokratie sei so sehr ein Gegner der Todesstrafe, daß sie selbst einen Totschlag des bei der Tat ertappten Täters, wie ihn der Abg. Menzel billigt, niemals gutheißen würde.

Der Ausschuss erklärte schließlich unter Ablehnung des kommunistischen Antrags die Eingabe der Anwälte durch die erfolgte Vollstreckung des Urteils für erledigt, ebenso eine weitere Einrede einer gewissen Frau Luise Peters, die — offenbar von der deutsch-nationalen Abgeordneten Frau Müller-Ditrich angeleitet — unter Drohung mit Synchysis die Vollstreckung der Todesstrafe gegen Böttcher gefordert hatte.

Der Fälscher- und Spionageprozeß.

Die Pazifisten fielen nicht auf Schred herein — aber das Reichswehrministerium.

Leipzig, 17. Januar (Eigenbericht).

In dem Landesverratsprozeß gegen Schred und Genossen wurde in der Dienstagsverhandlung die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Sie ergab, daß auch das Reichswehrministerium auf den Schwindler Schred hereingefallen ist. Das ergab sich u. a. aus der Aussage einer Zeugin, die für Schred mehrere Denkschriften gegen Entgelt verfertigt hatte. Da sich Schred der Zeugin als ein Hauptmann vom Reichswehrministerium vorgestellt hatte, entschloß sich die Zeugin, die Denkschriften persönlich ins Reichswehrministerium zu bringen, um in den Besitz ihres Arbeitslohnes zu kommen. Im Reichswehrministerium wurde sie von einer Abteilung in die andere geschickt. Zuletzt wurden ihr die Denkschriften doch noch abgenommen und bezahlt.

Der dann als Zeuge vernommene pazifistische Schriftsteller Jakob Salomon will im März 1926 zum ersten Male die Lichtbilder des Protokolls, das sich mit der Landesverurteilung beschäftigte, gesehen und sofort als Fälschung erkannt haben. Er war überzeugt, daß gewisse Kreise ein Interesse hätten, die Pazifisten hereinzulügen.

Der Schriftsteller Helmut von Gerlach hatte die Mitteilung von Dürde erhalten, daß diesem auffällige Schreiben von einem angeblichen republikanischen Reichswehroffizier zugesandt worden waren, um sie zu verwenden. Es waren dies 50 Seiten starke Schriftstücke, überschrieben „Die Probleme der Landesverteidigung“. Gerlach erklärte, er habe sofort erkannt, daß hier ein Fälscher am Werke war, um die pazifistischen Kreise hereinzulügen. Das Material sei auch geeignet gewesen, Stimmung gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu machen.

Kammerspiele.

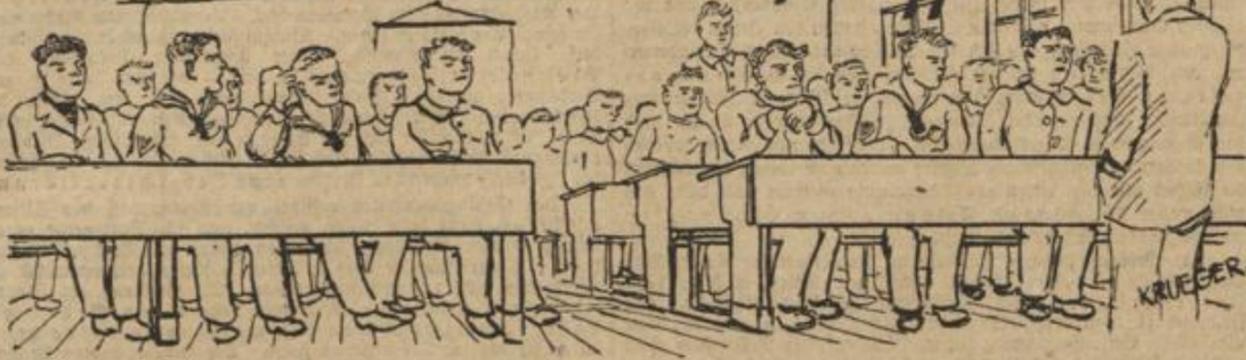
„Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?“

Der in England sehr beliebte Verfasser W. S. Maugham bemerkt mit höchstem Verstand und gleichzeitig mit funkelndem Charme, daß die Frau in der heiligen Ehe das gleiche Recht auf Untreue besitzt wie der Mann. Die Frage im Titel richtet sich an die Zuschauer. Sie folgen dem anregenden Konversationsstück mit gespanntem Interesse und largen nicht mit ihrem Beifall, der dem Verfasser, dem Regisseur und einem glänzend abgestimmten Ensemble gilt.

Kommunalpolitik und Presse.

Auf einem Vortragsabend, veranstaltet vom Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der deutschen Presse, sprachen gestern Abend der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Müller, und Stadtrat Genosse Reuter über „Kommunalpolitik und Presse“. Dr. Müller berührte die Probleme der deutschen Kommunalpolitik im Reichsausschuß, wobei er Gelegenheit nahm, auf die Frage der In- und Auslandskredite der Kommunen einzugehen; Genosse Reuter besprach die Einstellung der Berliner Presse zu der Berliner kommunalen Arbeit. Den Vorträgen folgte eine anregende Diskussion.

Winterschule der Binnenschiffer



Der Winter bringt die Binnenschifffahrt zum Ruhen. Nicht der Eisgang allein gefährdet die Schifffahrt dann auf den Binnengewässern, meist sind es auch die großen Ueberschwemmungen, die die Fahrtrinne verwaschen und so ein sicheres Fahren verhindern. Dem Berufsschiffer ist das Fahren manchmal sehr angenehm, auch das Huispersonell ist froh, einmal von dem schweren gefährlichen Dienst ausruhen zu dürfen. Sie reisen dann in die Heimat, um ihre Verwandten zu besuchen, Frauen und Kinder, die sie oft Monate hindurch nicht gesehen haben. Der Kahnhaber weiß von solchen Familienbanden wenig, er ist wie die Schnecke an sein Haus gebunden, d. h. den Kahn, und richtig wohl fühlt sich auch ein echter Schiffer nie auf dem Lande. Er hat Klug, die Dinge vorausführend, sein Fahrzeug meist schon in einem sicheren Hafen vor Eintritt der Kälte festgemacht. Im Winter sind es nicht wenig Kähne, die in den Berliner Häfen festliegen. Dann ist auch Gelegenheit gegeben, etwas von der großen Welt und der großen Stadt zu genießen, man hat Bekanntschaften und Freundschaften gefunden; der Stammtisch, das Kino, Beträge und Musiken, alles ist willkommene Gelegenheit, um von den Erlebnissen zu erzählen die lange übrige Zeit des Jahres hindurch, in der man auf dem Wasser liegt.

Dass diesen, im Dienste der Allgemeinheit treu arbeitenden Menschen in den winterlichen Wochentagen geholfen werden muß, ist eine erfreuliche Einsicht der Behörden. Die größeren Umsegelede in Deutschland besitzen eigene Schifferheime, die für geistiges und leibliches Wohl sorgen; hier und dort kann man sogar Schulklassen für Schifferkinder zusammenstellen. Dieser unregelmäßige Schulbesuch, der mit dem Beruf zusammenhängt, er ist das, was der Schiffer am besten empfindet. Denn immerhin fühlt er sich als Verantwortlicher von Menschen und Gütern auf seinem Kahn als Mann von Reputation, der an Bildung den anderen nicht nachsehen will. Aus diesem Grunde ist der Andrang zu den Fortbildungskursen, die die städtische Gewerbeschule des Bezirks Charlottenburg, Wilhelmplatz 1a, alljährlich veranstaltet, besonders groß. In diesen Jahren sind es ca. 60 junge Leute, die freiwillig sich zusammenfinden, um sechs Wochen hindurch noch einmal die Schulbank zu drücken. Die Leute haben da einen richtigen Lehrer von einem Kahn, der von „Fröschen“ und „Anaggen“ sprach, von „Scherfäden“, von einem „Golgen“ und einem „Arümmling“, so daß der Journalist doch glaubte, mit seinen Kenntnissen nicht so recht mitzukommen.

Die jungen Leute, die da saßen, waren verschiedenen Alters, etwas breitbeinig, herb und ungelent, aber bescheiden und alle durchweg mit hellen, klaren Augen, stark hinaufgezogenen Stirnen und alle blond. Die Gesichter waren braun wie Leder und sonderbarer Weise mit Falten gekerbt und mit vielen Sommersprossen punktiert.

Der Direktor, der sie dort in der Gewerbeschule empfing, versuchte das Fluidum von Vertrauen, das die ganze Klasse ihm entgegenstrahlte, von seiner Person zurückzuweisen und lobte und feuerte an, welches Glück es wäre, wenn sie jetzt lernen könnten, was sie dann später auf ihrem Kahn gern wissen möchten. Sie wären hier eine Arbeitsgemeinschaft und keine Schule und so sollte jeder den Mund aufmachen und sprechen, damit auch die Lehrer etwas profitieren könnten. Sechs Wochen dauere der ganze Spaß, was einem auf der Faubank mit einem lauten „Au Nummerwäter!“ gehörig in die Glieder fuhr. Dann konstituierte sich die Versammlung und man mußte der großen Zahl der Teilnehmer wegen zwei Abteilungen machen, eine Ober- und Unterstufe. Bei der Wahl der Obleute oder Vertrauensmänner wählte man zu einem sicheren Resultat vorläufig die Alterspräsidenten nach dem gleichen Verfahren wie im Reichstag und da war der Älteste in der Oberstufe bereits 36 und behag schon Frau und Kinder. Und der Journalist fühlte sich geborgen in so guter Gesellschaft. Doch da kam eine Frage des Direktors, wer sich nicht stark genug fühlte, den Oberkurs mitzumachen, der sollte es nur ruhig sagen, denn es wäre keine Inehere, etwas nicht zu wissen, wenn man nur das Bestreben habe, es durch Fleiß nachzubolen. Hinten auf der Bank meldete sich ein blonder Burke, der ganz treuherzig eingestand: „Ja, das wird mir wohl so ergehen!“ Der Direktor nahm sich den aber ins Gebet und sagte ihm, daß es mit dem nötigen Mut schon gehen müßte und daß sie sich gegenseitig unter die Arme greifen würden. Dann kam noch die Sache mit dem Bücherbesorgen, dem Lehrplan, die Stundenverteilung, die Vorstellung der Lehrerschaft und zuletzt die sehr aktuelle Frage mit dem — Kaffeetocher. Denn der Direktor hielt es empfehlenswert, diesen Kaffee für 15 Pfg. pro Portion im Haus gemeinsam zu nehmen, als ihn in der Pause etwa in den umliegenden Kneipen, da würde man unter einer Mark kaum wieder hinauskommen.

Das war alles sehr schön, ernst und verständlich und der Journalist auf der Faubank hätte zu gern wöchentlich 20 Stunden die sechs Wochen hindurch mit den jungen Leuten gelesen, um Schiffskunde, Erdkunde, Schiffsbetriebskunde, Schiffbau, Schiffsmaschinenkunde, Deutsch und Bürgerkunde, Rechnen und Raumlehre, erste Hilfe bei Unglücksfällen u. a. nach Schifferregeln zu erlernen. Er hätte dann, wie die fleißigen jungen Leute, die Ueblichkeitsprüfung ablegen dürfen und könnte später mit Frau und Kindern auf einem Kahn durch die schöne Elblandschaft fahren nach Havelberg hinauf, durch Schleusen und blaue Seen. Aber leider . . . leider! Und dann, im Vertrauen gelagt, er ist kein Freund vom — Staaten. Und seine Meinung ist ganz die, die der erfahrene Fluchlehrer auf die Frage nach dem wichtigsten Bestandteil auf einem Kahn seinen Schülern gab: — ein Sack voll Geld.

Ronnereuth im Wintergarten.

Das Schicksal eines Kriegsgefangenen.

Das Landgericht I hatte sich gestern mit einem interessanten Rechtsstreit zu beschäftigen, den ein Angestellter des früheren Ronnereuths des jetzt im Berliner Wintergarten auftretenden Bergmanns Paul Diebel, der bekanntlich ähnlich wie Therese Neumann in Ronnereuth Stigmata, Augenblutungen usw. produzieren kann und außerdem gegen Schmerzen nach Art der indischen Fakire unempfindlich ist, gegen diesen angestrengt hatte.

Der Beklagte, Paul Diebel, der persönlich mit seinem jetzigen Manager Langberg der Verhandlung beiwohnte, wurde von Rechtsanwält Heidemann vertreten, während dem Kläger Schulz Rechtsanwalt Bieleki zur Seite stand. Schulz machte auf Grund des Urheberrechts für pantomimische Werke geltend, daß gewisse Teile der Diebelschen Nummer, beispielsweise eine Uhr, an deren Pendel sich Diebel amageln läßt, sein geistiges Eigentum wären, und verlangte eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung. Der Rechtsbeistand Paul Diebels vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß ja nicht das Beiprogramm und die Aufmachung das Wesentliche an der Varietenummer sei, sondern vielmehr die eigenartigen Fähigkeiten Paul Diebels, seine Unempfindlichkeit gegen Schmerz, sowie das Produzieren der Stigmata in Form eines Kreuzes auf der Brust usw. Paul Diebel setzte dann selbst dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Weigert, auseinander, daß er sich Schnittmunden an den Arterien beibringen und auf Kommando die Blutung zum Stocken bringen könne, und zwar durch eine große seelische Konzentration.

Im Laufe der Verhandlung kam auch zur Sprache, wie Paul Diebel, der noch vor wenigen Jahren Bergmann im Waldenburger Kohlenrevier war, entdeckt worden ist und durch sein öffentliches Auftreten im Varieté das Geheimnis der Therese Neumann von Ronnereuth gewissermaßen entlarvt hat. Paul Diebel war während des Krieges in russische Geislingshaft geraten und sollte standrechtlich erschossen werden. Er schnitt sich damals die Pulsadern auf. Der Selbstmord wurde ihm aber wieder leid, und durch eiserne Konzentration brachte er es dazu, daß die Blutung der Wunden zum Stillstand gebracht wurde. Die Russen, die ihn dann mit geöffneten Pulsadern aufstanden, dachten, daß er bereits tot sei, und warfen ihn zu den übrigen Leichen. Unter vielen Beschwerden gelang es Diebel, zu flüchten und wieder nach Deutschland zu kommen. Was er dann in Waldenburg diese abenteuerliche Flucht einem reisenden Erzähler, kam dieser auf den Gedanken, die Fähigkeiten Diebels der Öffentlichkeit in Form einer Varietenummer vorzuführen. Diebel betonte aber, daß sein früherer Manager ihn sehr schlecht behandelt habe. Das Gericht kam schließlich zu einer Abweisung der Klage, so daß die Nummer Diebels, die bis zum Ende dieses Monats im Wintergarten gezeigt wird, keinerlei Einschränkungen erfahren wird.

Nur für Herrschaften!

Ueber neun Jahre ist jetzt das wilhelminische System tot. Aber all die kleinen Eitelkeiten und Jagdreviere, all der Dünkel und unberechnigte Hochmut, mit dem die Monarchie ihre moralische Substanz zu polstern pflegte, sind glücklich in die Republik hinübergerettet oder feiern frohliche Urstände!

In jenen von Langeweile durchgähnten Straßen, in denen die vierstündigen Häusermonstranten aus den Radgarüberjahren stehen und die honetten Bürger wohnen, findet man noch immer jenes fatale Emalleschild, auf dem geschrieben steht: „Nur für Herrschaften!“ Die ganze kindliche Ueberheblichkeit einer im Absterben begriffenen Welt prägt sich in diesem Satz aus, und noch charakteristischer ist jene zweite Anordnung, die den Menschen zweiter Klasse ihren Weg weist: „Geschäfts- und Dienstboten die hintere Treppe!“ Der Wildmann, der den Auserwählten im Vorderhaus die Milch brachte, der Boderjunge mit den irischen Semmeln, der „Dienstbote“, der den Herrschaften den Schmutz aus dem Wege räumte, sie alle waren nicht würdig genug, mit den hochwohlgeborenen dieselbe Treppe zu treten. Kurios wird die Sache dann, wenn der Klein- und Mittelbürger sich hochherrschastliche Allüren anzieht. Dann bekommt die Arroganz

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

„Laf, Tschumalitsch. Die Frage ist erledigt. Zu reden ist da nichts mehr. Schluss!“
 „Was heißt Schluss! Ich protestiere dennoch gegen den Punkt: Ehrung der Helden der Arbeit. Man muß das herauschmeißen. Wer sind die Helden der Arbeit? Was für große Heldentaten haben sie vollbracht, daß sie Helden der Arbeit geworden sind? Das darf nicht sein, Genossen . . . Ich spreche nicht nur von mir . . . Ich bitte, diesen meinen Standpunkt zu Protokoll zu nehmen . . .“
 „Tschumalitsch, es gibt hier keine privaten Meinungen . . . Was für Unsinn redest du da? . . . Fiel!“
 Tschibis sah wie immer: man wußte nicht, schläft oder träumt er und ruht sich aus, oder grübelt er über Dinge, die er niemandem sagen würde.
 Badjin sah, mit der Brust gegen den Tischrand gestemmt, wuchtig und schweigend: Wenn man ihn stoßen würde — er würde sich nicht vom Platz bewegen, würde man ihn schlagen — er würde den Schlag nicht fühlen. Und Dasha lächelte, und ihr Gesicht flammte rot. Als ob sie etwas laut hinausschreien wollte, vor Erwartung zitterte: jetzt gleich, sofort wird dies Wort fallen, und ein Skandal wird losbrechen.
 Badjin drehte seinen steinernen Kopf mit einem Knirschen der Sehnen zur Seite und sah Glib mit einer schwarzen Trübe in den Augen an. Er lehnte sich gegen den Stuhl Rücken und legte seine Hand auf Glib's Brust.
 „Und das hier — was ist das?“
 „Und klopfte mit dem Finger auf den Orden der Roten Fahne.“
 „Das ist — genau daselbe, das . . .“
 „Nun also — spiel nicht den strengen Spartaner. Wenn du so wärest . . . nun, sagen wir, wie Sergej Iwagin . . . ein schamhaft-schüchtern Intellektueller — dann wäre es verständlich und glaubhaft. Aber zu dir paßt das gar nicht.“
 Glib's Gesicht füllte sich mit Blut und die Augen wurden naß. Er stampfte mit dem Fuß und trat von Badjin zurück.
 „Ich bitte, mir nichts vorzuschreiben, Genosse Vorsitzender des Exekutivkomitees. Ich sage noch einmal: Diese eure Jagd nach Ehren muß mit glühendem Eisen ausgebrannt werden. Wenn wir alles auf Gellimper aufbauen und die Zeit mit leerem Geschwätz ausfüllen, dann wird es schön bei

uns ausschauen, zum Teufel. Ich habe dagegen gesprochen und werde auch weiter gegen die Vorschläge der Genossen Badjin und Luchawa sprechen. Wenn du, Genosse Badjin, solche Sachen brauchst, schön, bescheinigt ihm sein Heldentum der Arbeit in seinem Parteibuch: mag er mit dieser neuen Auszeichnung nur fortfahren, herumzutummandieren.“
 „Schidlij klopfte mit dem Bleistift auf den Tisch und blähte seine Nasenflügel weit auf, wie um ein Sachen zu unterdrücken, das ihm die Lunge zerriß.“
 „Schluß, Schluß, Genossen! Zur Ordnung!“
 Luchawa sah Glib und Badjin scharf, mit einem Fünfchen in den Augen an, und lachte jugenhaft, laut und quietfchend. Er lachte und spielte mit den Händen in seinem Haar.
 „Und zum ersten Male sah Glib in Badjins Augen einen ehernen Haß. Auch damals, im Frühling, überflutete eine dicke Trübe Badjins Augen, aber es war etwas anderes: ein Aufstöhnen und ein Haß gegen seine Kraft. Es war eine Reugierde damals und noch etwas anderes, das er nicht verstehen konnte — etwas Schweres, Unmenschliches, das im Blute lebte. Und wie damals im Frühling, in der Stunde ihres ersten Zusammentreffens, empfand Glib einen bis zur Taubheit erschütternden Schlag in den Ohren.“
 „Glib! . . . Komm zu dir! . . . Bist doch nicht von Sinnen!“
 Dasha sah ihn streng an, ihre Lider zitterten, ein Schrei war in ihren Augen. Und als Glib diese Augen sah und das erblähte Gesicht, brannte der alte Schmerz, die alte But in seinem Herzen . . . Dasha . . . Badjin . . . Dasha . . . seine Frau . . . damals mit ihm in der Kojakensiedlung . . . Räuberbanden in der Schlucht . . . Eine Nacht in einem Zimmer, auf einem Bett . . . Dasha's Worte waren damals kein Scherz . . . Dasha und Badjin . . . Und er ist kraftlos in seiner Kraft . . .“
 Schidlij klopfte wieder mit dem Bleistift auf den Tisch und lächelte.
 „Ruhe, zum Teufel! Beruhige dich, Tschumalitsch. Alles ist beschlossen und erledigt . . .“
 Tschibis kniff die Augen zusammen und sah ihn schweigend, mit einem staubigen Lächeln, durch die Wimpern an.
 „Seh dich, Tschumalitsch! Bist ein erprobtes Mitglied der Partei und machst dich zum Narren. Seh dich!“
 Badjin sah Glib trübe wie vorher an und sah unbeweglich, wie aus Erz gegossen.
 „Was ist denn los, Genosse Tschumalow?“
 Glib leuchtete und steckte seine Fäuste in die Hosentaschen.

Er konnte mit seinem Herzen nicht fertig werden; es füllte seine Brust, schwoll an und zerprang fast, erstarb und flammte wieder durch das Blut auf, und die Hände und Füße erstarrten von einem Zittern, das er nicht unterdrücken konnte. Er sah durch das Fenster das Meer wie eine feurige Seitenblase brennen, sah die Luft brennen, ein Wirbel von Funken erfüllte sie, und der Himmel brannte und auch die Wolken waren glühend-brennende Wirbel. Alles soll in seiner Seele reizen, zusammenstürzen, zu Staub werden! Und Glib, der keine Nacht mehr über sich hatte, hob seine Faust und brüllte aus ganzer Brust: „Schürzenjäger! . . . Hengst! . . . Hund! . . .“
 Dasha packte ihn an der Schulter, und ihre Augen waren grün wie bei einer Eule.
 „Glib! . . . Bist du verrückt geworden, hast den Verstand verloren, Glib! . . . sollst dich schämen, Glib! . . .“
 Alle wurden plötzlich klein, verlegen, bestürzt. Nur Tschibis sah wie früher, mit zusammengekniffenen Augen und einem versteckten Lächeln in seinen Wimpern, schlaftrig, gelangweilt.
 Badjin stemmte sich wieder mit fauler Schwere gegen den Tisch und sagte fast und ruhig, als ob er bei sich in seinem Bureau säße: „Ah, sonst nichts . . . Warum hast du mir nicht nachgeholfen, wie der selbige Japhetabe. Du hättest mehr erlassen. Sogar Sergej Iwagin weiß mehr als du . . . Er ist hier, Sergej Iwagin, er kann interessante Sachen erzählen . . . Aber aus Schamhaftigkeit kann er sich nicht dazu entschließen, einen Skandal zu machen. Wie du siehst, Eifersucht ist immer kurzfristig.“
 Dasha stellte sich voller Zorn zwischen Glib und Badjin. In ihren Augen war weder Zittern noch Unruhe.
 „Glib ist nicht berechtigt, so zu reden. Genosse Badjin ist ein außerordentlicher, ein bedeutender Arbeiter. Glib ist ein wenig verrostet in seiner Arbeit. Er hat einen solchen Teufel, wie unser Werk, in Gang gebracht . . . darf sich schon erlauben, ein wenig zu toben . . . Versuchte Männer . . . sind imstande, sich einer Bagatelle wegen zu zerreißen — in der Arbeit sind sie wie Eisen, kein Schraubchen kann man bei ihnen lockern.“
 Schidlij stand auf und sah alle mit erstarrten, blinden Augen an. Sergej trat zu ihm, ohne die Augen von ihm zu wenden. Erschüttert und zerklüftet wollte er ihm etwas sagen und konnte kein Wort herausbringen. Und stoll Schidlij entgegenzufahren, was aus seiner tiefsten Seele heraufdrängte — froh er noch mehr in sich zusammen, machte eine abwehrende Handbewegung und lief aus dem Zimmer. (Fortsetzung folgt.)

... einen bitteren, tragikomischen Beigeschmack. „Es riecht nach Böbel!“ — Aber bitte, nach Ihnen! ... Es gibt im Westen Berlins ebenfalls Hinterhäuser wie in den Proletariatsvierteln des Ostens und Nordens. Nur werden sie dort ohne Beschönigung mit ihrem richtigen Namen genannt, im Westen heißt so etwas „Gartenhaus“. Auch die Gartenhäuser im Westen sind sehr vornehm und haben etwas von dem gutkulturierten Geruch ihres Vordermanns abgenommen. In Irngedener Straße Charlottenburgs steht ein recht prächtiges Haus. „Nur für Herrschaften!“ prangt an seinem Eingang. Durch den Torweg gelangt man zum Gartenhaus. Es ist typisch Kleinbürgerlich, eng, mit schmalen Treppen. ... In den Wohnungen, die natürlich ebenfalls auf „Wohlbauend“ frisiert sind, knistert unter der täuschenden Fassade die Not. Man trägt Pelze, gewiß, aber ob man satt zu essen hat, ist eine andere Frage. Und so hängt an seinem Eingang ein Emaillechild, weniger prächtig als am Vorderhaus, aber noch immer deutlich genug, mit dem schönen Epitaphengestaltung: „Nur für Herrschaften! Geschäfts- und Dienstboten hintere Treppe!“

Gemeinsam in den Tod! Familientragödie in Schöneberg.

Eine erschütternde Familientragödie wurde gestern nachmittags gegen 5 Uhr im Hause Cheruskerstraße 15 zu Schöneberg entdeckt. Hier hatte sich die 30 Jahre alte Frau Olga Bartel, geb. Neumann mit ihrer 13 Jahre alten Stieftochter Gertrud und ihrem 7 Jahre alten Sohn Heinz mit Gas vergiftet. Frau Bartel heiratete im Jahre 1919 den Lokomotivführer Bartel, der ein Kind aus erster Ehe mitbrachte. Aus der zweiten Verbindung entpflanzte der Knabe Heinz. Die Eheleute waren ruhige Mieter, über deren Familienverhältnisse man im Hause wenig erfuhr. Am Montagabend trat Bartel eine Urlaubsreise zu Verwandten an, während die Frau mit den Kindern daheim blieb. Am Dienstag nachmittag wurden andere Hausbewohner durch einen durchdringenden Gasgeruch auf die Räume aufmerksam und benachrichtigten das 176. Polizeirevier. Kriminalbeamte ließen, da sie anders keinen Einlass erhielten, die mit zwei Sicherheitschlossern von innen verriegelte Tür durch einen Schloffer öffnen. Sie fanden Frau Bartel und die Tochter Gertrud angekleidet zusammen in einem Bett liegen. Der kleine Heinz, dessen Bett vollkommen geräumt war, lag dicht an der Tür auf dem Fußboden. Offenbar hat das Kind versucht, dem giftigen Gase zu entfliehen, ist aber dann zusammengesunken. Mutter und Kinder waren tot. Organische Abfallschichten hat die Frau nicht hinterlassen, man weiß deshalb nicht, was sie zu dem furchtbaren Schritt veranlaßt hat. Die Leichen wurden beschlagnahmt und dem Schauhaus zugeführt und der Chemiker benachrichtigt.

Vier Wochen tot in der Wohnung.

In ihrer im Seitenflügel des Hauses Werffstraße 3 gelegenen Wohnung wurde gestern die 30jährige ledige Arbeiterin Frieda Dietrich tot aufgefunden. Die Leiche muß nach dem Befund fast vier Wochen in der Wohnung gelegen haben. — Hausbewohnern war es aufgefallen, daß sich Frau Dietrich, das zwar sehr zurückgezogen lebte, überhaupt nicht mehr sehen ließ. Schließlich schöpfte man Verdacht und benachrichtigte, da auf Klopfen nicht geantwortet wurde, heute abend das zuständige Polizeirevier. Mehrere Beamten verschafften sich Einlass in die Wohnung und fanden in dem mit Gas erfüllten Schlafzimmer die Wohnungsinhaberin tot auf. Den Eintretenden schlug ein starker Verwesungsgeruch entgegen. Wie aus einem Abschiedsbrief, der auf dem Tisch lag, hervorging, hat das Mädchen bereits in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas verübt. Die Leiche wurde ins Schauhaus gebracht.

Selbstmord im Teltow-Kanal. Die Frau des Magistratsbeamten H. vom Bezirksamt Kreuzberg hat vor zehn Tagen die Wohnung verlassen und war seitdem nicht wieder aufzufinden. Gestern wurde ihre Leiche bei Klein-Raschow aus dem Teltow-Kanal gezogen. Die Frau war schwer nervenleidend.

Der größte Radioeinbruch, der bisher in Berlin zu verzeichnen ist, wurde in der Nacht zum Sonntag in der Rettelbedstraße verübt. Die Verbrüder gingen vom Hofe aus vor, schnitten eine Holzschranke aus der Hintertür heraus, knoberten den Eisenbeschlag auf und gelangten so in die Geschäftsräume. Sie stahlen viele hochwertige Apparate, verschiedene Lautsprecher, Akkumulatoren, Kopfhörer und dergleichen mehr, alles in allem für 10000 Mark. Den Rückgang nahmen sie wieder durch die Hintertür. Wenn sie die Beute mit einem Auto weggeschafft haben, so haben sie mindestens zweimal fahren müssen. Vielleicht haben sie aber einen Plattenwagen benutzt. Einer der Verbrüder ist gefahren worden. Es ist ein auffallend schlanker junger Mensch, der einen grauen weichen Hut und einen schwarzen Paletot trug. Wer über ihn, den Transport und den Verbleib der Beute oder sonst zur Aufklärung etwas weiß, wird gebeten, sich bei Kriminalkommissar Raehne im Polizeipräsidium zu melden.

a. Glasenapp schwer verletzt. Gestern wurde der frühere Vizepräsident der Reichsbank, der 60jährige Geh. Rat Dr. Otto v. Glasenapp aus der Bendlerstraße 17 am Kaiser-Franz-Joseph-Platz gegenüber der Staatsoper von einem Lastkraftwagen angefahren. Der gleiche Lastkraftwagen brachte den Verunglückten, der bestimmungslos war, in das Hedwigs-Krankenhaus. Der Arzt vermochte bis jetzt die Art der Verletzung noch nicht endgültig festzustellen. Es wird jedoch vermutet, daß Gehirnerschütterung vorliegt.

Arbeiter-Bildungsschule. Folgende Kurse werden fortgesetzt: 3. Kreis, Wedding: Donnerstag, 19. Januar, 19/1, Uhr, Vormittagsbildung, Altkirchener Straße, Gde. Wilmersdorf. Thema: Probleme der Weltpolitik. Lehrer: Dr. Gregor Wenck. — 4. Kreis, Prenzlauer Berg: Freitag, 20. Januar, 19/1, Uhr, Begegnung Dänischer Str. 64, Hof III, Zimmer 311. Thema: Probleme der Weltwirtschaft. Lehrer: Dr. Gregor Wenck. — 7. Kreis, Charlottenburg: Donnerstag, 19. Januar, 19/1, Uhr, Abendheim, Rosenstr. 4, vom I. Thema: Beschäftigungsfunde. Lehrer: Dr. A. Gertner. — 9. Kreis, Wilmersdorf: Freitag, 20. Januar, 19/1, Uhr, Hindenburg-Oberrealschule, Wilmersdorf. Thema: Die Kulturpolitik der Sozialdemokratie. Lehrer: Studienrat Erwin Barquardt. — 13. Kreis, Tempelhof: Donnerstag, 19. Januar, 19/1, Uhr, Mariendorf, Altkirchener Straße, Nibelungenkammer. Thema: Die heutige Wirtschaftspolitik des Sozialismus. Lehrer: Dr. Warkoch. — 14. Kreis, Britz: Donnerstag, 19. Januar, 19/1, Uhr, Britz, Lehrerzimmer der 48/49. Gemeindefschule Britz, Obankstraße. Thema: Geschichte der Arbeiterbewegung. Lehrer: Stadtrat Albert Dorst. — 16. Kreis, Köpenick: Freitag, 20. Januar, 19/1, Uhr, Köpenick, Schloßstr. 27, I. Thema: Europäische Probleme der Weltpolitik. Lehrer: Dr. Sturm. — 17. Kreis, Lichtenberg: Donnerstag, 19. Jan., 19/1, Uhr, Lichtenberg, Weichselstr. 28, Lichtobel. Thema: Die politischen Parteien in Deutschland. Lehrer: Georg Raab.

Republik und Mittel- und Ost. Die republikanisch gekannte Hans- und Grundbesitzer, Bertram und Eigenheimbesitzer hatten Donnerstag, 19. D. R. 19/1, Uhr, im Hofischen Hof, Soltenstraße 40, eine Versammlung ab, in der Regierungspräsident Lohmann, W. d. L., einen Vortrag über „Mittel- und Ostland und Mittelhandelspolitik“ gehalten wird. Die oben genannten Interessentengruppen, soweit sie Mitglieder der SPD sind, beschließen Vertreter Gemeindefürer Siegfriedsassenhagen und der Gemeindefürer sind als Gäste willkommen. Anschließend an dem Vortrag findet eine Mitgliederbesprechung statt. Es wird erwartet, daß alle parteipolitischen Gänge und Grundbesitzer die Veranstaltung besuchen und ihre wirtschaftliche Interessenvertretung durch die Vereinigung der freien Hausbesitzer wahrnehmen lassen. — Die Geschäftsstelle ist N. 29, Pflanzstraße 156 a.

Das historische Altpapier.

Ein Gefängnisbeamter, der für die Rettung von Urkunden bestraft wird.

Ort der Handlung: das Gefängnis Tegel. Zeit: 1922/23. Der Gefängnisbeamte F. war seit seiner Kindheit ein stiller Verehrer alter Dokumente. Für historische Unterschriften besaß er geradezu eine Leidenschaft, die in seinem Berufe weber Verwendung noch Würdigung fand. Bis eines Tages der Augenblick gekommen schien. ... Es war in der Zeit der größten Sparsamkeit und der höchsten Geldentwertung. Alle Behörden hatten den Befehl erhalten, die großen Schätze, die sich seit Jahrzehnten und Jahrhunderten auf den Böden und in den Kellerräumen in Gestalt von abgelegten Akten aufgehäuft hatten, in klingende Münze umzuwandeln. Als eine der Verwertungsstellen war in Berlin auch das Gefängnis in Tegel ausersehen. Tausende von Akten wurden hier sortiert, das geschriebene Papier wurde vom reinen abgetrennt, die Fäden aus den Akten zur Verwertung entfernt und dann das nicht weiter Brauchbare als Altpapier zum Einstampfen an den Händler Schmidt verkauft.

Der Gefängnisbeamte F. hatte im Papierbetriebe die Aufsicht. Da er dachte, er eines Tages unter den Akten historische Unterschriften, von Kurfürsten Friedrich Wilhelm, von Friedrich II., von verschiedenen preussischen Königen, von Bismarck usw. Sein Herz schlug höher. Sollten diese Dokumente etwa auch als Altpapier eingestampft werden? Unmöglich! Er ging zu seinem Vorgesetzten, dem Gefängnisinspektor Sch. Der sah sich das Papier an und erklärte: Altpapier bleibt Altpapier. Für F. war das wie ein Schlag ins Gesicht. Er wandte sich an den anderen Gefängnisinspektor W., einmal, ein zweites Mal, ein drittes Mal. Dieser war aber der gleichen Ansicht wie sein Kollege: Altpapier bleibt Altpapier. ... Ob er nicht das Altpapier kaufen könne?, fragte er Sch. Nein, das ganze Papier sei dem Abnehmer Schmidt verkauft. Man stelle sich die Seelenqualen des Dokumentenfreundes F. vor. Dann kamen ihm Zweifel. Sind diese historischen Dokumente tatsächlich Raubgut? Sollen sie wirklich eingestampft werden? So wäre es ja weiter kein Verbrechen, wenn er sie beim Papierhändler kaufte. Er ermahnte aus der Masse der Akten ein historisches Schriftstück nach dem anderen, legte sie alle behutsam beiseite, steckte sie dann zwischen einen bestimmten Ballen, verschleierte ihn mit einem Bindfaden und kaufte dann diesen Ballen mit einigen anderen, im ganzen etwa 100 Kilogramm von dem Papierhändler Schmidt. Ueber den Kauf ließ er sich eine Quittung ausstellen. Das war im Juli 1923.

F. genoss seitdem friedlich seine Sommerfreuden. Er war glücklicher Besitzer von großen Werten, von denen selbst nur ein kleiner Teil seiner Schätzung nach mindestens 50 000 M. ausmachen mußte. War er etwa nicht rechtmäßiger Eigentümer dieser Werte? Er dachte auch gar nicht daran, die Dokumente zu veräußern. Im Oktober 1923 verschlimmerte sich aber sein altes Lungeneiden. Der Arzt empfahl ihm Berufswechsel. Arbeitslosigkeit drohte ihm. In seiner Not setzte er sich mit Antiquitätenhändlern in Verbindung, diese legten die Kataloge seiner historischen Dokumente dem Preussischen Staatsarchiv vor — und das sollte F. zum Verhängnis werden. Man forschte nach und kam hinter den Ursprung der Raubtaten. Die Kriminalpolizei mischte sich in die Sache, sie nannte die Art des Erwerbs der Schriftstücke Diebstahl, beschlagnahmte sie bei ihm trotz seines Einspruchs und erzwang bei ihm durch wiederholte Verhöre eine Verzichtserklärung.

Der Gefängnisdirektor erklärte vor Gericht, daß das Finanzministerium wohl habe wissen müssen, was für Dokumente es als Altpapier dem Gefängnis überlassen habe; das Justizministerium habe z. B. drei Monate lang in seinen Papieren herumgewühlt, um Wertvolles nicht untergehen zu lassen. Der Vertreter des Finanzministeriums meinte, das Gefängnis habe allen Grund gehabt, sämtliche Akten als wertlos zu betrachten, da es sie als wertlos erhalten hatte. Der sachverständige Archivar war der Ansicht, daß die Schriftstücke vom Standpunkt des Historikers einen unschätzbaren Wert besäßen. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Hildebrandt plädierte für Freispruch: Der Angeklagte habe keinen Diebstahl begangen. Die Akten seien vom Gefängnis an den Papierhändler Schmidt verkauft und von diesem vom Angeklagten rechtmäßig erworben worden. Es sei schade, daß er auf den Besitz der Dokumente verzichtet habe. In Wirklichkeit sei man dem Angeklagten zu Dank verpflichtet, daß er die großen Werte gerettet habe, und er nicht um seine Rechte auf sie geltend mache.

Das Gericht verurteilte F. zu drei Monaten Gefängnis und billigte ihm eine Bewährungsfrist zu. — Ist das der Dank? Der lungentranke F. wird stellungs- und brotlos. Die von ihm entdeckten und gereinigten Dokumente gehen in den Besitz des Finanzministeriums über. Sollte er tatsächlich hier kein Anrecht auf ihren Wert haben?

Billig verkaufen unter Strafe gestellt. Konsumverein gegen Preisbillatur.

Im kapitalistischen Deutschland muß nun einmal so teuer verkauft werden, als nur möglich. Das vernünftige Prinzip, dieselbe Ware billig und dafür öfter zu verkaufen, ist fast unbekannt. Das gilt besonders für die berühmten Markenartikel, deren Preisbindung selbst den meisten Einzelhändlern nicht paßt, denn das Prinzip der Konkurrenz wird hier überhaupt ausgehöhlet.

Ein von den Konsumvereinen schon immer bekämpfter Unflut ist es aber, Waren mit festgelegten Preisen auch in dem Familienkreis der Konsumvereinsmitglieder zu Festpreisen verkaufen zu lassen. Mit welcher Rücksichtslosigkeit das aber von den Konsumvereinen verlangt und mit welcher Engherzigkeit das ebenso von den Konsumvereinen abgelehnt wird, zeigt ein neuer Fall, der aus Meersburg berichtet wird. Schallplatten der Firma Carl Lindström u. G. verkaufte der dortige Verein nach Errichtung einer Spezialvertriebsstelle statt für 5 Mark nach Abzug von 5 Proz. Rabatt für 3,90 Mark, weil er den vorgeschriebenen Preis von 5 Mark für zu hoch hielt. Daraus hat die Lindström u. G. verlangt, sich „kritik“ an die „vorgeschriebenen“ Preise zu halten und einen neuen Verpflichtungsschein zu unterschreiben, der eine Mindeststrafe von 100 Mark für jeden Uebertretungsfall und für jede Schallplatte und für jeden Sprechapparat vorsieht. Nach Ablehnung dieses Reverses und Inanspruchnahme des Rechtes, gegenüber organisierten Verbrauchern selbst die Abgabepreise zu bestimmen, wurde in einem neuen Schreiben das „Schleudern von Markenartikeln als grundätzlich sittenwidrig“ bezeichnet und zugleich der Konsumverein vom Bezug der Lindström-Apparate und Warten ausgeschlossen.

Dieser Fall ist wieder sehr lehrreich. Es ist also sittenwidrig, den Konsumenten so billig als möglich zu verkaufen, obwohl die meisten Einzelhandelsorganisationen heute schon auf dem Standpunkt stehen, daß dem Einzelhandel nur großer Umsatz bei kleinem Nutzen dienen kann. Er zeigt aber auch die Notwendigkeit, daß endlich derjenige unter Strafe gestellt werden muß, der seine wirtschaftliche Machtstellung dazu mißbraucht, zu Handlungen oder Unterlassungen zu nötigen, die in der Tat sittenwidrig sind. Das gilt in allererster Linie für die Produzenten und die Produzentenartikeln, die ein unergleichlich viel größeres Interesse an den festgelegten Preisen haben, als ein vernünftiger Einzelhändler haben kann.

Jiddische Kleinkunst.

Die absolute, reine Liebe des Empfindens ist nicht Kleinheit des Genies. Geboren aus dem rein Menschlichen, ist sie jedem eigen, dessen Ausdrucksfähigkeit über die Grenzen des eigenen Ich reicht. Der Schmerzschrei der geknechteten Kreatur um Gnade zum unerlöschlichen Nachgott, die jahrtausendalte Ekstase des Judenvolkes, sie klingen durch ihre Lieber, durch ihre Worte: Im „Alp“ veranstalteten Mitglieder des Hebräischen

Iheaters in Telaviv bei Jassa einen Bunten Nachmittag. „Bunt“ ist nach unseren Begriffen wohl etwas ganz anderes. Wir verstehen darunter das Schillernde, Farbige, Leichte. Und jiddische Kunst, wenn auch Kleinkunst, ist schwer und tief. Aber sie ist schön, wie alles, was wahr empfunden wird. Mit schöner Stimme sang das Mitglied der Staatsoper, Golland, eine Arie aus Rubinssteins „Mocabbai“ und ein Lied von Tchernichowitsch. Dann folgte ein arabischer Einakter, die tragikomische Geschichte vom betrogenen Liebhaber, der den Freund zum Fürbitter bei seiner Liebsten wählt und dabei alle beide verliert. Das Spiel wirkte durch die Wucht der Leidenschaft, die den erotischen Charakter des Ganzen nicht zur Geltung brachte, ungemein lebendig. Regalationen aus dem „Mafjada“, ein Kapitel russischer Geschichte aus der letzten Revolution, sowie der Monolog der „Salome“ von Oskar Wilde, mit schönem Empfinden vorgetragen von Frau Mirjam Kahan-Bernstein, fanden starken Beifall. Auch die übrigen Vorträge gaben Zeugnis einer starken, echten Volkstun. Kunst eines Volkes, die uns so ferne liegt, wie das Land, das sie gebar. Und doch wiederum nahegerückt durch die bezwingende Stärke vieltausendjährigen Lebens.

Sprechchor für proletarische Freierstunden. Uebungsstunde Donnerstag, den 19. Januar, abends 1/8 Uhr, im Gefängnis der Sophienstraße 16/17.

Heber Panuropa und Kolonialpolitik spricht am Mittwoch, dem 18. Januar, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin S. 66, Schinkelplatz 6, Gouverneur a. D. Dr. Lu. Seif im Rahmen der Vortragsreihe des großpolitischen Seminars der Hochschule über das paneuropäische Problem. Korreferent ist Professor Dr. Heil Salentin.

Proletarische Freierstunde. Sonntag, 12. Februar, 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Lichtgitter Gedenktag der Märzrevolution. Karten zum Preise von 1 Mark sind ab kommenden Mittwoch in einigen Verkaufsstellen zu haben.

Die Hochofenexplosion. Die Ursache der Katastrophe.

Zu dem schweren Hochofenunglück im Soargebiet werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der erpöbteste Hochofen ist der modernste und neueste der Röchling-Werke. Er „hing“ seit einigen Tagen, d. h. die Füllung des Hochofens, Koks und Erze, war in der Mitte nicht mehr nachgerückt, sondern hatte im Innern des Ofens eine natürliche Höhlung gebildet. Diese entstand zwischen der flüssigen Eisenmasse auf dem Grunde des Ofens und der hängenden Schlacke, so daß ein großer Zwischenraum entstand, der die Ofenproduktion ins Stocken bringen konnte und darum beseitigt werden mußte. Seit etwa drei Tagen bemühte man sich, das Hängende des Ofens zum Einsturz zu bringen. Auch die Arbeiter der Unglücksstätte waren mit solchen Versuchen beschäftigt, deshalb war die Besetzung an diesem Tage siebzehn Mann stark, während normalerweise nur wenige Mann an dem Ofen beschäftigt sind. Gegen 5 Uhr muß der Einsturz in unvorhergesehener Weise erfolgt sein. Mit furchtbarem Krachen brach eine vier Meter hohe Mauer ein. Gleich darauf wurde durch die ungeheure Gewalt die gesamte Füllung des Ofens und das schwere Mauerwerk fortgeschleudert, wodurch die entsetzliche Wirkung entstand. Alle an der Unglücksstelle beschäftigten Hüttenarbeiter wurden schwer verletzt. Nur ein auf der Gichtbühne beschäftigter Arbeiter konnte sich in ein Häuschen flüchten und dadurch sein Leben retten. Die Trümmer sind bis zu 50 Meter weit geschleudert worden. Da durch die Gewalt der Explosion auch sämtliche Rohre durchgeschlagen wurden, mußte der gesamte Betrieb stillgelegt werden. Ueber den bis jetzt als tot gemeldeten Arbeitern werden voraussichtlich noch weitere fünf Schwerverletzte nicht am Leben bleiben. Gestern vormittag ist der Betrieb im Stahl- und Walzwerk wieder aufgenommen worden.

Die Zahl der Toten bei der Hochofenexplosion hat sich nach den letzten Nachrichten auf neun erhöht.

Hochwasser und Eis auf der Elbe.

Beag, 17. Januar. (Eigenbericht.) Infolge des Tauwetters der letzten Tage führt die Elbe bei Bentschen Hochwasser. Der Wasserstand beträgt dort nahezu 6 Meter über dem normalen. Da nun auch große Eismassen von der oberen Elbe heranschwimmen, hat sich das Eis bei Loptowitz zu ganzen Eisbergen zusammengeformt. Mit einem Abschmelzen der Eismassen ist für die nächste Zeit nicht zu rechnen, da die Elbe weiter stromabwärts bis nach Herznaukreuzchen von einem Eispanzer bedeckt ist, der etwa zwei Meter stark ist. In Bentschen stehen die Umschlagplätze bereits hoch unter Wasser.

Funkwinkel.

Heinrich Verjch ist nicht nur ein Dichter, er ist, was dieser Abend bewies, der aus dem ehemaligen Herrenhause vom Berliner Rundfunk übertragen wurde, ein glänzender Verkünder seiner Werke. Er besingt die Arbeit und den Menschen bei der Arbeit; den Menschen, der von seinem Werk verzehrt, vernichtet wird — und der sich von ihm vernichten läßt, um des Werkes, von der anderen Menschen willen, denen dieses Werk dienen soll. Der Roteur, dem die Brücke das Bein abreißt, der Lehrling, dem das Räderwerk der Maschine das Gesicht zerschmettert, sie alle gehen am Leben, an ihrem und unserem Leben zugrunde. Der Dichter Verjch sieht und schildert es, und versucht, Achtung vor diesem Leben, Glauben an dieses Leben einzuschöpfen. Warum wird aber immer nur eine Hälfte der Dichteraufrede aus dem Herrenhause übertragen? Man hätte diesmal gern noch Oskar Maria Graf gehört, der nach Heinrich Verjch aus seinen Werken lesen sollte. Selmar Wegrowitz' Orchesterabend „Märchen“ hätte die Funkhörer auch an einem anderen Tage erfreut. Der Dirigent brachte mit dem Funfordchester Bruchstücke aus verschiedenen Werken, die Märchen oder Märchenthemem behandeln. Neben der Romantik Weberischer und Humperdinckischer Märchenmusik entfaltete sich Tschalkowskis internationale Salonphantasie in der Dornröschen-Suite, Ravels dekkate, aber schon recht unfindliche Märchenstimmungen in der Kompositionssage „Was Großmutter erzählt“.

Kleine Vorträge im Landtag.

Linke Kommunisten gegen Diecks Verdrehungskünste. — Wulle und die Fememorde.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Präsident Bartels eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Abg. Stolberg-Burg (Soz.) sein Mandat niedergelegt hat. An seine Stelle ist der Abg. Müller-Stendal (Soz.) nachgerückt. Abg. Stolberg ist für den verstorbenen Abg. Silberstein (Soz.) in den Reichstag eingetreten.

Zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung nimmt das Wort der Abg. Bartels (linker Komm.), der sich heftig gegen den Abg. Dieck (Komm.) wendet, weil dieser die linken Kommunisten in der „Roten Fahne“ als politisches Lumpengefährd bezeichnet hat. Dieck habe vergeblich in der „Roten Fahne“ zu befehlen versucht, daß die Kommunisten in Sachen an der Abfertigung des früheren Königs mitgewirkt und in Mecklenburg u. a. auch den Justizetat bewilligt haben. Diese Tatsachen seien durch die „Rote Fahne“ selbst festgestellt worden.

Abg. Kasper (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung, ohne Ausnahme die kommunistischen Anträge wegen Verbotes des Roten Frontkämpferbundes in Köln und der Rikstände in der Verwaltung des Saalekreises dem Hauptauschuß zu überweisen. Es wird so beschlossen.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und erledigt zunächst ohne Besprechung Eingabenerichte des Wohnungs- und Heimstättenauschusses und des Ausschusses für die Verkehrsinteressen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Breslau. Nach kurzen Ausführungen des Abg. Semmler (Dnat.), der sich für den Gesetzentwurf einsetzt, begrüßt

Abg. Dr. Hamburger (Soz.) die Vorlage, die den in Breslau besonders ungesunden Wohnungsverhältnissen durch Bereitstellung von ausreichendem Siedlungsraum innerhalb der Stadt ein Ende machen könne. Auch für die Entwicklung der Industrie und für eine Hafenanlage müsse Gelände bereitgestellt werden, der Redner schildert die Wohnungsverhältnisse von Breslau eingehend und weist darauf hin, daß es unverständlich sei, daß angelehnt der in der Begründung des Gesetzentwurfs hervorgehobenen Tatsache des Wohnungseldes und der Siedlungsbedürftigkeit Breslau Jahr für Jahr einen Millionenbetrag aus dem Haussteuerertrag an andere Gebiete abtritt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im zustimmenden Sinne äußern sich die Abg. Sprenger (Z.), Wepenthan (D. Sp.), Schmiljahn (Dem.) und Haack-Piegnitz (Wirtschp.). — Der Entwurf wird dem Gemeindevorstand überwiehen.

In der nun folgenden ersten Lesung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des Versteckamergesetzes befr. die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagegesetz und die Rollen der Versteckammern legt sich Abg. Semmler (Z.) für die sofortige Abschließung des Gesetzes in allen drei Befugnissen ein, da der Entwurf nur rein formale Änderungen erhalte.

Abg. Leiner (Soz.) beantragt, den Entwurf dem bevölkerungspolitischen Ausschuß zu überweisen. Das Haus beschließt dem Antrag Leiner entsprechend.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Zinsenkrediten bei Rentengutsgründungen, der dem Hauptauschuß überwiesen wird. — Ohne Debatte werden die Ausführungsbestimmungen zum Polizeibeamtengesetz dem Hauptauschuß überwiesen. Einem Antrage des Hauptauschusses entsprechend wird ein deutschnationaler Antrag, der die Rüstungsaktion für Unwetterbeschaden auch auf das Gebiet der Schalllöten ausdehnen will, für erledigt erklärt.

Das Haus tritt nunmehr in die Beratung des völkischen Antragtrages ein, der die Untersuchung des Fememordauschusses auch auf das Verhalten der Justizbehörden gegenüber Strafverträgen des Abg. Wulle (Deutschp. Freiheitsp.) ausdehnen will. Der Antrag wird begründet vom

Abg. Dr. Körner (Deutschp. Freiheitsp.), der sich darüber beschwert, daß die Redakteure des „Vorwärts“, des „Berliner Tageblatts“ und der „Roten Fahne“ den Abg. Wulle in der Fememordfrage Grütze-Lehder ungestraft der Rordanstaltung bezichtigt durften. Die Justizbehörden hätten hier ein öffentliches Interesse als nicht vorliegend erachtet. Dagegen sei ein völkischer Zeitungshändler, der in seinen Zeitungsausschnitt eine Zeitung ausgeben habe, die in einer rot eingerahmten Bollenüberschrift den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß als „der jüdische Herr von Berlin“ bezeichnet, zu einer empfindlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Abg. Obuch (Komm.): Es wäre die Aufgabe des Untersuchungsausschusses gewesen, festzustellen, warum die Justiz bisher gegenüber den Fememorden und der Schwarzen Reichswehr verlogt hat. Ein politisches Interesse, die Fememorde zu klären, liegt überhaupt nicht mehr vor. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Wulle, Rube und Ahlemann Verbindungen mit den Fememordorganisationen und der Schwarzen Reichswehr unterhalten haben. Der Antrag ist nichts weiter als ein Ablenkungs- und Wahlmanöver der Völkischen.

Abg. Dr. Körner (Deutschp. Freiheitsp.): Ueber den Zweck des Untersuchungsausschusses werden wir uns mit Herrn Obuch nicht einigen. Wir beklagen, daß unsere Kollegen Wulle und Rube sich der Rordanstaltung schuldig gemacht haben. Grütze-Lehder ist ein geisteskranker Mensch. Das Verlangen des Justizministeriums in Sachen Wulle rechtfertigt das Wort von der Vertrauenskrise der Justiz.

Abg. Kuttner (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Obuch waren so allgemeiner Natur, daß sie eigentlich nach Abschluß der Untersuchung in die Generaldebatte gehören. Wenn Herr Obuch sich darüber beschwert, daß die Untersuchungen bisher kein politisches Ergebnis gehabt haben, so trifft dieser Vorwurf in erster Linie ihn selbst. Er hat durch Stellung aller möglichen Anträge die Klärungsarbeit des Ausschusses erschwert. Seit zwei Jahren hätten die Kommunisten den Antrag stellen können, den gesamten Komplex der Fememorde dem Untersuchungsausschuß zu überweisen. Herr Obuch weiß genau, daß das seinen Zweck hätte, weil uns die Möglichkeit fehlt, die Reichswehrproffiziere zu vernichten. Im übrigen hat er sich ja selbst auf den Standpunkt gestellt, daß die Fememorde politisch überhaupt nicht mehr interessieren. — Die dem völkischen Antrage zugrunde liegende Beschwerde gehört überhaupt nicht vor den Fememordauschuß, sondern in die allgemeine Aussprache über den Justizetat. Im übrigen sei den Herren von den Völkischen gesagt, daß die Rolle der Herren Wulle, Rube und Ahlemann in der Fememordfrage Grütze-Lehder keineswegs so glänzend ist, wie es Herr Körner hier hinstellen möchte. Es bleibt dabei, daß die Herren zum mindesten von dem Verdacht des Grütze-Lehder wußten und trotzdem diesen achtjährigen jungen Mann, den sie als Pathologen und Psychopathen bezeichnen, gefördert und die wichtigsten Posten in ihrer Organisation anvertraut haben. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Dr. Körner (Deutschp. Freiheitsp.) schließt die Aussprache. Der Antrag wird von allen Parteien gegen die im Saale anwesenden vier völkischen Abgeordneten abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch, den 18. Januar, mittags 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts der Forstverwaltung.

Aus der Partei.

Spaltung in Ostland! Wie man uns aus Riga drohtet, hat der linke Flügel der lettischen Sozialdemokratie keinen Austritt aus der Partei erklärt und eine „unabhängige“ Sozialdemokratische Partei gegründet. Die neue Partei betont, sie stehe auf dem Boden der Verfassung, und ihre Gründung sei durch die verfehlte Taktik der alten Partei notwendig geworden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 3. Kreis Schilling. Freitag, 24. Januar, 19 1/2 Uhr, im Vahnenhof, Ausfahrt, Schloßstr. 64, Kreisamtsleiterbesprechung. Vortrag: Die kommunistische Partei und die sozialistische Situation. Referent: Walter Krieger, W. d. R. Alle Mitglieder des Kreises müssen unbedingt erscheinen.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 24. Januar, 19 1/2 Uhr, bei Frau, Dorotheastr. 188, Kreisamtsleiterbesprechung. Alle im Wohnungsausschuß tätigen Genossen und Genossinnen (amtlich und ehrenamtlich) sind eingeladen. Wichtige Tagesordnung. Referent: Hermann Krieger.
- 5. Kreis Friedrichshagen. Am Freitag, 24. Januar, 19 Uhr, im den Krieger-Gebäude, Kriegerstr. 11, bei Frau, Die Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. Vortrag: Die Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. Referent: Hermann Krieger. Karten sind bei den Bezirksleitern der Partei, bei den Leitern der Arbeiterpartei-Gruppen und bei der Kassiererin Anna Schuler, D. 34, Dorotheastr. 188, zu haben.
- 6. Kreis Wilmersdorf. Fortsetzung des Kurzes der Arbeiterbildungsvereine „Sozialdemokratie und Arbeiterpartei“ am Freitag, 24. Januar, 20 Uhr, in der Oberrealschule, Am Grunewald, Höhestraße 120 W.
- 11. Kreis Tempelhof. Heute, Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, Poststr. 4, Kreisamtsleiterbesprechung.
- 17. Kreis Wilmersdorf. Der Kurze des Genossen Georg Holbe beginnt am Donnerstag, 19. Januar, 20 Uhr, in der Bibliothek, Reichstr. 28.

20. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 22. Januar, 17 Uhr, in der Schulstra. Grünhalders Str. 3, Führungsvertrag: Die Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. Eintritt 20 Pf. Einlaß 10 Pf. Jedes Parteimitglied muß den Film gesehen haben.

Heute, Mittwoch, 18. Januar:

- 10. 10 Uhr bei Otto, Alster Str. 25, Funktionärsbesprechung. 20 Uhr werden die Bezirksleiter mit dem Abteilungsleiter ab. Wegen der wichtigen Tagesordnung (Kreismittung) ist Erscheinen aller Funktionäre dringend notwendig.
- 11. 10 Uhr bei Krieger, Kriegerstr. 11, Sitzung Amtlicher Funktionäre mit den Interlocutoren der weltlichen Schule.

Morgen, Donnerstag, 19. Januar:

- 12. 10 Uhr, Vorgesellschaftliche Verhandlung mit amtlichen Funktionären und den Obleitern der Arbeiterpartei bei Krieger, Kriegerstr. 11, Beginn 10 1/2 Uhr.
- 13. 10 1/2 Uhr bei Krieger, Kriegerstr. 11, wichtige Funktionärsbesprechung. Es wird bestimmt, an das Obermaterial für die Arbeiterpartei einzusetzen.

Frauenvereinstellungen:

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntagabend, 21. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Aula des Paulsenhain-Gymnasiums, Glöckstr. 49, Film- und Vortragsabend: 1. Der Kampf des Weibes. 2. Vortrag des Genossen Clara Bohm-Schulz, W. d. R. Karten zu 20 Pf. des Geldes sind bei den Abteilungsleiterinnen zu haben. Die Nacharbeiten können an dieser Veranstaltung ebenfalls Karten beziehen.
- 5. Kreis Friedrichshagen. Sonntagabend, 21. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Aula des Paulsenhain-Gymnasiums, Glöckstr. 49, Film- und Vortragsabend: 1. Der Kampf des Weibes. 2. Vortrag des Genossen Clara Bohm-Schulz, W. d. R. Karten zu 20 Pf. des Geldes sind bei den Abteilungsleiterinnen zu haben. Die Nacharbeiten können an dieser Veranstaltung ebenfalls Karten beziehen.
- 7. Kreis Charlottenburg. Heute, Mittwoch, 18. Januar, 19 1/2 Uhr, im Völkischen Zeit. Berliner Straße, Frauenabend. Vortrag des Genossen Dr. Meyer-Weinberg über „Frauenarbeit und Gesundheitsförderung“ mit Lichtbildern. Karten zu 20 Pf. sind nach an der Abendkasse zu haben. Um rege Beteiligung wird gebeten.

- 2. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 19. Januar, 19 1/2 Uhr, im Cornelius Park, Corneliestr. 4, Frauenabend. Vortrag des Genossen Krieger: „Der Kampf der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch.“ Um rege Beteiligung wird gebeten.
- 7. Kreis Wilmersdorf. Heute, Mittwoch, 18. Januar, 19 1/2 Uhr, bei Frau, Dorotheastr. 188, Frauenabend. Vortrag des Genossen Hanna Ledeburg über „Die Frau in der heutigen Gesellschaft.“ Alle Genossinnen sind herzlich eingeladen.
- 11. Kreis Tempelhof. Freitag, 20. Januar, 19 1/2 Uhr, bei Krieger, Kriegerstr. 11, Vortrag: „Der Kampf der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch.“ Die Genossinnen werden gebeten, anzukommen zu sein.

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt:

- 21. 10. Donnerstag, 19. Januar, 19 1/2 Uhr, Selbstverkauf bei Krieger, Kriegerstr. 11. Abrechnung der Zeitung. Sachliches Geschehen wird erwartet.

Jungsozialisten:

- Gruppe Rosa Luxemburg: Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Krieger-Friedrichs-Kreis, Dorotheastr. 188, Fortsetzung der Arbeit der Jungsozialisten. Die Besprechung der Tagesordnung und ihre Anwendung in der Arbeit. Referent: Hermann Krieger. — Gruppe Rosa Luxemburg: Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Krieger-Friedrichs-Kreis, Dorotheastr. 188, Fortsetzung der Arbeit der Jungsozialisten. Die Besprechung der Tagesordnung und ihre Anwendung in der Arbeit. Referent: Hermann Krieger.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

- 2. A. -Sitzung morgen, Donnerstag, 19. Januar, 19 1/2 Uhr, im Sekretariat. Gegenstand: Die Genossinnen und Genossen, die sich zum Genossenschaftlichen haben, müssen morgen, Donnerstag, 19. Januar, 19 1/2 Uhr, erscheinen. Neue Anwärter müssen noch aufgenommen werden.
- Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr:
 - Wahltag: Beim Geo. Ode Berliner Straße, 10-Minuten-Referate. — Rosenfelder: Bericht über die Arbeit der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. — Krieger: Bericht über die Arbeit der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. — Krieger: Bericht über die Arbeit der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. — Krieger: Bericht über die Arbeit der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch.
- Wahltag: Beim Geo. Ode Berliner Straße, 10-Minuten-Referate. — Rosenfelder: Bericht über die Arbeit der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. — Krieger: Bericht über die Arbeit der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. — Krieger: Bericht über die Arbeit der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch. — Krieger: Bericht über die Arbeit der Arbeiterpartei Sozialdemokratisch.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Berlin: 18. Januar, 19 1/2 Uhr. Die Temperatur hat sich heute auf dem Höhepunkt der kalten Winternächte. — Für Deutschland: Überall weiterer Temperaturrückgang, im Osten meist trocken, im Norden Regen, im Westen noch geringe Niederschläge.

Der Tunnel unter der Königsgräber Straße, der dem Orgelkloster-Park ammittleren Jura von Anhalter Bahnhof verläuft, geht seiner Fertigstellung entgegen. Das Haus selbst, abgesehen das größte Hotel des Anhalter, bildet mit seinen mullerartigen Grundstücken und Bodenarbeiten im amerikanischen Stil eine Sonderwürdigkeit selbst für die Weltstadt Berlin. Der Besitzer des Hauses, Geh. Kommerzienrat Dr. phil. h. c. Curt Fichtner, konnte in diesen Tagen sein 20jähriges Geschäftsjubiläum feiern.

Sport.

Dortmunder Sechstagerrennen. Strafraum für Linari-Binda.

Auf die rheinisch-westfälische Radsporthomegemeinde übt ein Sechstagerrennen eine geradezu erschütternde Zugkraft aus. Trotdem die 3. Dortmunder „six days“ bisher unter dem geringen Tätigkeitsdruck der aus wirklichen Sechstagerrennen bestehenden Mannschaften zu leiden hatten, wies die Westfalenhalle am Montagabend wieder einen überaus starken Besuch auf. Es fehlte nicht viel, und die riesige Halle wäre, wie am Sonntag, ausverkauft gewesen. Die übliche gute Sechstagerstimmung herrschte bei den Rassen vor. Eine Vorkostprämie verleiht nicht ihre Wirkung. Die Mannschaften Ehmer-Kroschel, Goebel-Stodeland, Riethke-Kroll und Kausch-Hürtgen gingen nacheinander los und belieben w/d das Feld, ohne jedoch irgend eine ernste Veränderung herbeizuführen. Ein sensationelles Ergebnis hatte diese Jagd aber doch. Die Stallerer Linari-Binda, von denen ersterer ganz besonders hart fuhr, wurden mit einer Strafrunde bedacht, da sie auf lange Sicht (100 Meter) abgelehnt hatten. Ein mit einer Verletzung Linaris motivierter Protest wurde zurückgewiesen. Die Vorkostprämie wurde wie folgt verteilt: Ehmer-Kroschel 350 M., Kausch-Hürtgen 250 M., Riethke-Kroll und Linari-Binda je 200 M. Nach einer Fahrzeit von 79 Stunden waren 2074,500 Kilometer bedacht. Nach der 2-Uhr-Nachwertung ergab sich folgender Stand des Rennens: von Rempen-Dewolf 188 Punkte, Goebel-Stodeland 160, Brucke-Schorn 107, Tonami-Lorenz 102, Dederichs-Knappe 92, Ehmer-Kroschel 58, Kroll-Riethke 53, Wambitz-Lacquehan 34, Kausch-Hürtgen 27; eine Runde zurück: Binda-Linari 152, Suter-Richtl 149 Punkte. Dillberg Erlösman.

In der ersten Hälfte der Dienstagmittagswertung gab es großangelegte Vorkost. Die Franzosen Wambitz-Lacquehan und auch die deutsch-amerikanische Mannschaft Schorn-Brucke verschwanden hierbei aus der Spitzengruppe. Nach 90 Stunden (2262,500 Kilometer) war der Stand folgender: von Rempen-Dewolf 212, Goebel-Stodeland 184, Tonami-Lorenz 118, Dederichs-Knappe 108, Kroll-Riethke 101, Ehmer-Linari 176, Richtl-Suter 169, Brucke-Schorn 107, Wambitz-Lacquehan 34.

Troppau — BSC. 2:1.

Lötsch und Hellwig Sieger im Mannschaftslaufen.

Vor recht schwach besuchtem Hause fand gestern Abend im Sportplatz das Rückspiel im Eishockey zwischen dem Troppauer Eislaufverein und der Reserademannschaft des Berliner Schlittschuhclubs, die durch Jaenede, Sachs und Römer verstärkt worden war, statt. Die Deutschhöggen, die sich am Sonntag mit 0:1 geschlagen beugen mußten, nahmen gestern Revanche und gewannen verdient mit 2:1 Toren. Das Spiel nahm zum Teil einen recht spannenden Verlauf. Mehrere scharfe Schüsse auf das Troppauer Tor wurden von dem Torwart Wolkmanto, der sich den schwierigsten Situationen gewachsen zeigte und großen Knieel an dem Endresultat hatte, sicher gehalten. Einen Weisshug Pichnostoff konnte Linke nicht halten, und mit 1:0 ging Troppau in die Pause. Das zweite Spieldrittel verlief ohne zählbaren Erfolg für beide Mannschaften. Im letzten Drittel drückte der BSC-Sturm mächtig auf das geg-

nerische Goal, doch Wolkmanto wehrte Schuß auf Schuß erfolgreich ab. Die Troppauer erhöhten ihren Vorsprung durch Heinz, der unfehlbar einfiel, auf 2 Tore, und erst in den letzten fünf Minuten fiel durch Kittel für Berlin das Ehrentor.

Im Anschluß an den Eishockeyabend wurde ein interessantes 100-Runden- (15 Kilometer) Rennschlittschuhrennen abgeleitet, das sechs Mannschaften an den Start brachte. Je zwei Fahrer bildeten eine Mannschaft, die sich beliebig ablösen konnte. Nach der 50. Runde führten Lötsch-Hellwig (BSC.) in 14:20 mit 60 Metern vor Bolata-Brell (BSC.). Nach 20,12 Minuten waren die 100 Runden bedacht. Lötsch-Hellwig gingen als Sieger durchs Ziel, 170 Meter zurück folgten Bolata-Brell, 200 Meter zurück Richter (BSC.)-Müller (BSP.).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
 - Gesellschaftliche: Berlin, 6. 11. Gedächtnis, 17. 11. 2. 12. Troppau, Jugendabend: Mittwoch, 18. Januar, im Jugendheim Friedrichshagen, in der Waldenstraße, 20 Uhr. Versammlung.
 - Die Kameraden die 21 Jahre erfüllen: Sonntag, 19. Januar, Wedding, 4. Kameradschaft: 20 Uhr Versammlung, Turnhalle, Lützow-Str. 4. Der Vorkostprämie halber Erlösman. Referent: Kamerad von Krieger.
 - Die Kameraden die 21 Jahre erfüllen: Sonntag, 19. Januar, Wedding, 4. Kameradschaft: 20 Uhr Versammlung, Turnhalle, Lützow-Str. 4. Der Vorkostprämie halber Erlösman. Referent: Kamerad von Krieger.
 - Die Kameraden die 21 Jahre erfüllen: Sonntag, 19. Januar, Wedding, 4. Kameradschaft: 20 Uhr Versammlung, Turnhalle, Lützow-Str. 4. Der Vorkostprämie halber Erlösman. Referent: Kamerad von Krieger.
- Die Kameraden die 21 Jahre erfüllen: Sonntag, 19. Januar, Wedding, 4. Kameradschaft: 20 Uhr Versammlung, Turnhalle, Lützow-Str. 4. Der Vorkostprämie halber Erlösman. Referent: Kamerad von Krieger.
- Die Kameraden die 21 Jahre erfüllen: Sonntag, 19. Januar, Wedding, 4. Kameradschaft: 20 Uhr Versammlung, Turnhalle, Lützow-Str. 4. Der Vorkostprämie halber Erlösman. Referent: Kamerad von Krieger.

Reichsbanner der Reichsbefähigten, Reichsbanner und Reichsbanner-Mitglieder, Ostgruppe Berlin 14. Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, im Jugendheim Fockelberg 15. Generalsversammlung und Wahl des Vorstandes. Versammlung ehemaliger Patienten des Generalhospitals BSC. Berlin in Oberrealschule in Berlin. Vortrag: Die Kameraden die 21 Jahre erfüllen. 20 Uhr. Vorkostprämie an Wambitz-Lacquehan, Heinz Carl, im Friedrichshagen 20-22 (Rote Kämpfer).

Reichsbanner der Reichsbefähigten, Reichsbanner und Reichsbanner-Mitglieder, Ostgruppe Berlin 14. Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, im Jugendheim Fockelberg 15. Generalsversammlung und Wahl des Vorstandes. Versammlung ehemaliger Patienten des Generalhospitals BSC. Berlin in Oberrealschule in Berlin. Vortrag: Die Kameraden die 21 Jahre erfüllen. 20 Uhr. Vorkostprämie an Wambitz-Lacquehan, Heinz Carl, im Friedrichshagen 20-22 (Rote Kämpfer).

Reichsbanner der Reichsbefähigten, Reichsbanner und Reichsbanner-Mitglieder, Ostgruppe Berlin 14. Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, im Jugendheim Fockelberg 15. Generalsversammlung und Wahl des Vorstandes. Versammlung ehemaliger Patienten des Generalhospitals BSC. Berlin in Oberrealschule in Berlin. Vortrag: Die Kameraden die 21 Jahre erfüllen. 20 Uhr. Vorkostprämie an Wambitz-Lacquehan, Heinz Carl, im Friedrichshagen 20-22 (Rote Kämpfer).

STAATL. FACHINGEN

Blut-auffrischend, reinigt die Organe

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 16a. T. Lützow 3260/61.

Die Großmacht Film.

Weltwirtschaftliche Umschau.

Der Film dient nicht nur der Kulturpflege und der Zerstreuung. Von Pol zu Pol ist er eine Großmacht; niemand zweifelt daran. Für die Volkswirtschaft steht es außer Zweifel; aber auch für die Politik. Die Verbindung des Reichswehrministeriums mit der Phoebus-L. G. werden die deutschen Steuerzahler mit schweren Millionen bezahlen müssen. Für die kommenden Reichstagswahlen liegt die Gefahr nahe, daß der Hugenberg-Filmtrust „Ufa“ seinen mächtigen Apparat in den Dienst der deutsch-nationalen Propaganda stellt. Damit wird uns die über das Wirtschaftliche hinausgehende Bedeutung der Filmproduktion deutlich zum Bewußtsein gebracht.

Im Dienst der militärischen Propaganda.

In den Vereinigten Staaten läßt sich der Staat die Mitwirkung des Films im Dienste der amerikanischen Armee nicht mit Steuergeldern bezahlen, obwohl die amerikanischen Staatsfinanzen das eher erlauben würden als die deutschen. Doch bedient sich dort die Regierung eines anderen Mittels: sie hat vor einiger Zeit die mächtigen Filmtrustpräsidenten zu Reserveoffizieren mit hohem Rang ernannt. Sie möchte den Film in Zukunft als Propagandamittel für die Armee heranziehen und dazu die freiwillige Mitarbeit der Filmmagnaten gewinnen. Im schiffischen Italien wurde kürzlich ein staatliches Film-Institut errichtet, das zwar in erster Linie Bekehrnisse für Landwirtschaft und Industrie herstellen soll, dabei aber nicht vergessen darf — wie es im Statut dieses Instituts heißt —, weitgehende Propaganda zugunsten des Militär- und Heerwesens zu machen. Bisher wurden zwei solcher Militärfilme von diesem Institut hergestellt, die „Kanone“ und die „Munitionsversorgung“. Sämtliche 3256 Filmtheater Italiens sind verpflichtet, diese Filme vorzuführen. Daß in der Sowjetdiktatur dem Film als politisches und militärisches Agitationsmittel eine außerordentlich große Rolle zufällt, braucht nicht gesagt zu werden. In den 4000 Kinotheatern Sowjetrusslands — für ein Agrarland eine recht hohe Zahl — werden die Sowjetfilme gezeigt. Dabei findet in Russland auch eine starke Filmeinfuhr, in erster Linie aus Deutschland, statt.

Das Kino in öffentlicher Hand.

Es gibt nur wenig Länder, in welchen die Kinos öffentlich betrieben und verwaltet werden. In Schweden und in Norwegen stehen die Kinotheater im Besitz und in der Verwaltung der Gemeinden. In Kanada wurde kürzlich neben der Privatproduktion eine staatliche Filmproduktion geschaffen. Ursprünglich verfolgte die staatliche Filmproduktion den Zweck, den Fremdenverkehr auf die Naturschönheiten Kanadas aufmerksamer zu machen, sie ist aber bald zu einem großen Geschäftswert unternehmen geworden, das bereits nach kurzem Bestehen auch erhebliche Reinerträge abwirft.

In der Tat ist die öffentliche Verwertung und Verwaltung des Films ein ernstes Zeitproblem. Sie kann der Hebung der Volkskultur große Dienste leisten und außerdem der Staats- oder Gemeindefinanz bedeutende Einnahmen liefern. Diese Einnahmen verschaffen sich die Gemeinden heute bekanntlich durch die Luststeuer, wogegen sich die scharfe Propaganda der Filmindustrie bzw. der Filmtheater richtet. Zu diesem Punkt soll nur bemerkt werden, daß Deutschland nicht zu den Ländern mit der höchsten Filmsteuer gehört. In Belgien, Norwegen, Desterreich, der Tschechoslowakei sind die Steuerhöhen erheblich höher als die deutschen. Bisher hat kein einziger Staat auf diese Steuer verzichtet.

Schutz für die nationale Filmindustrie.

Auf der anderen Seite schüßen eine Anzahl von Ländern die inländische Filmproduktion, vornehmlich vor der Einfuhr der übermächtigen amerikanischen Filmindustrie. Nach dem Muster des deutschen Kontingentsystems, das die Einfuhr ausländischer von der Herstellung einer bestimmten Anzahl inländischer Filme abhängig macht, entstanden ähnliche Maßnahmen der Einfuhrbeschränkung in jüngster Zeit in England, Italien und Ungarn. Auf diese Weise soll in jenen Ländern eine nationale Filmindustrie geschaffen werden. Mit gewöhnlichen Zöllen kann man nämlich der Filmeinfuhr nicht beikommen, weil bei ihr weniger der Wert der hergestellten Filme, als das von den ausländischen Produzenten übertragene Vorkaufsrecht (Lizenz) in Frage kommt. In Italien war bis 1924 eine große Filmindustrie vorhanden, die einen wichtigen Platz auf dem Weltmarkt einnahm, sie aber seitdem in ständigem Niedergang befand. Das Kontingentsystem soll der italienischen Filmindustrie zum Wiederaufleben verhelfen, wozu die Regierung den Theaterbesitzern, welche die Produktion dort beherrschen, auch erhebliche Geldmittel zur Verfügung gestellt hat.

Das neue englische Filmgesetz wird am 1. April dieses Jahres in Kraft treten. Die Filmhersteller und die Filmtheater werden auf Grund dieses Gesetzes verpflichtet, im Jahre 1928 sich zu 7½ Proz. mit in England hergestellten Filmen zu versorgen. Der Anteil der englischen Filme soll nach dem Gesetz jährlich um 2½ Proz. steigen, bis er im Jahre 1935 25 Proz. erreicht. Schon vor Inkrafttreten des Gesetzes haben sich seine Wirkungen gezeigt: außerordentlich große Summen — fast soviel, wie für die neuerdings in Mode gekommenen Windhundrennen — strömen in die englische Filmindustrie, die mit einer Produktion großen Maßstabs anfangen und in England neue „Hollywoods“ schaffen möchte.

Filmriebe Amerika.

Die ungeheure Konzentration der amerikanischen Filmindustrie, in welcher mindestens eine halbe Milliarde Dollar ange-

legt ist, wie das Vorhandensein eines großen zahlungskräftigen und finanzkräftigen Publikums erlaubt eine Produktion größten Umfangs. Es gab in den Vereinigten Staaten 1920 bereits 17 000 Kinotheater mit 10 Millionen täglichen Besuchern. Welche Gewinne dort erzielt werden, dafür zeugt allein der Abschluß des Großtrustes Paramount Famous Pictor-Pathé, deren Aktienvermögen sich seit 1925 um 81 Millionen Dollar vermehrte, während die Aktienbesitzer dafür nur 52 Millionen einzuzahlen hatten. Gegen diesen Großtrust ist im übrigen zurzeit ein Prozeß anhängig, der die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Die mit der Kontrolle über die Durchführung des Antitrustgesetzes betraute zwischenstaatliche Kommission ist nämlich kürzlich gegen den mächtigen Filmtrust mit der Begründung vorgegangen, daß er durch Anschaffung von vielen hundert Kinotheatern eine Monopolmacht ausübt. Der Trust mißbraucht nach der Anklage seine Macht, indem er die anderen Filmtheaterbesitzer zwingt, die Filme des Trustes zu übernehmen. Im amerikanischen Senat liegt jetzt sogar eine Vorlage für die Einführung eines gesetzlichen Verbotes dieses „Blockverleihs“ von Filmen vor, der bekanntlich auch in Deutschland verbreitet ist. Der riesige Inlandsabsatz der amerikanischen Filmindustrie verschafft dieser ungeheuren Gewinne aus dem Inlandsverkehr — die Einnahmen der Filmtheater belaufen sich im Jahre 1920 bereits auf 800 Millionen Dollar! —, sie ist daher in der Lage, die Filme zu billigen Preisen nach dem Ausland zu verkaufen. Die vom amerikanischen Handelsministerium kürzlich veröffentlichte Zahlungsbilanz weist einen Aktiopolen von jährlich 75 Millionen Dollar für noch dem Ausland verkaufte Filmaufführungsrechte auf.

Europas Abwehr.

Die europäischen Beschränkungen der Filmeinfuhr richten sich vornehmlich gegen den amerikanischen Export. Schon der alte Hugo Stinnes hat die Parole für einen Zusammenschluß der europäischen Filmproduktion gegenüber Amerika ausgegeben. Zu jener Zeit hat man in der Tat die ersten Ansätze zur Verwirklichung dieses Planes gemacht, die aber seitdem nicht weiter gediehen sind. Die europäischen Großproduzenten sind außer Deutschland: Frankreich, Italien und England. Die Produktion in den skandinavischen Ländern ist zwar qualitativ sehr hochwertig, mengenmäßig aber nicht bedeutend. In der letzten Zeit sind einige wichtige Verbindungen zwischen der deutschen, englischen und französischen Industrie zustande gekommen. Neben gelegentlicher Zusammenarbeit deutscher und französischer Gesellschaften soll hier erwähnt werden der Zusammenschluß des französischen Pathé-Konzerns mit dem englischen Großkonzern British Rational und der französischen Gaumont mit der englischen British Corporation. Der letztere vereinigte Konzern hat ein wichtiges Abkommen mit der deutschen Ufa getroffen. Es wurde eine Interessengemeinschaft gegründet, durch die sich die Teilnehmer verpflichten, ihre Filme wechselseitig auf den Markt zu bringen. Wie kürzlich behauptet wurde, wird der Ausnahmewert der Filme in beiden Ländern durch diese Vereinbarung um etwa 50 Proz. erhöht. Die internationalen Zusammenschlüsse und Vereinbarungen bedeuten zunächst noch keine erhebliche Abschwächung des amerikanischen Einflusses, zumal auch die amerikanische Filmindustrie im Begriff steht, angesichts der teilweise Sperrung des englischen Filmmarktes in England selbst Fuß zu fassen.

Wachsende Konzentration.

Die Entwicklung des Filmwesens war für die Tendenzen zur Zusammenfassung in Großbetrieben außerordentlich förderlich, so vielfach drängt die amerikanische Konkurrenz mit ihren Massenbetrieben zu einer ähnlichen Entwicklung in den europäischen Ländern. Diese einzelnen Produktionshäuser der Filmindustrie — Produktion von Filmtiteln, Herstellung von Filmen, Filmverleih und endlich der Theaterbesitz —, alle diese Zweige weisen überall die Tendenz zu Zusammenschlüssen, sowohl in Trusts wie in Kartellen, auf. In Deutschland wird bekanntlich die Herstellung von Filmtiteln durch die U. G. Pathé-Industrie, welche kürzlich die Aktienmehrheit der Ufa erworben hat, zunehmend monopolisiert. In der Filmproduktion selbst herrscht nicht die Kartelle, sondern die Trustbildung vor. Die Theaterbesitzer der verschiedenen Länder dagegen — Deutschlands, Desterreichs, der Tschechoslowakei usw. — gründen Kartelle, um gegenüber den Produzenten und Verleihern wie vor allem bei der Bestimmung der Preise der Theaterplätze gemeinsam vorgehen zu können.

Neben dieser horizontalen Zusammenfassung gleichgerichteter Betriebe herrscht aber im Filmgewerbe die vertikale Konzentration, d. h. die Zusammenfassung verschiedenartiger Betriebe. Es wird vor allem der Besitz von Filmfabriken mit dem Theaterbesitz verbunden — die großen Filmkonzerne Amerikas, Deutschlands, Englands usw. verfügen über eine große Anzahl von Vorführungstheatern. In der Regel geht die Angliederung der Theater von den Fabriken aus, häufig erfolgt aber auch das Eindringen des Theaterbesitzes in die Produktion.

So entsteht vor uns eine hochkapitalistisch organisierte Großindustrie mit einem Heer von Beschäftigten, deren wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung eine außerordentlich große ist. Der Staat bedient sich seiner Kontrollrechte in Form einer häufig lästigen Filmzensur. Damit aber der Film zu einer Wehrtat für die Menschheit werden kann, die ihr Kunstgenuss und Aufklärung vermittelt, müßte er in weit höherem Maße als bisher der Kontrolle einer aufgeklärten, sich der erzieherischen Bedeutung des Films bewußten öffentlichen Meinung unterstellt werden. A. S.

Beratungsstelle — sie berät wieder!

Aber keine neuen Anleihen. — Sollen die deutschen Städte in ihr vertreten werden?

Nach langer Pause wird die Beratungsstelle für Auslandsanleihen heute wieder ihre erste Sitzung abhalten. Die Erhebungen über die Verschuldung der Städte sind abgeschlossen. Obwohl die Einzelheiten vom Reichsfinanzministerium streng geheim gehalten werden, scheint doch so viel festzustellen, daß die Gesamtsumme aller kurzfristigen Verbindlichkeiten der deutschen Städte 800 Millionen, das ist etwa die Hälfte der Schätzung von Dr. Schacht, noch nicht erreicht. Die Beratungsstelle wird die Mitteilung über das Ergebnis der Enquete entgegennehmen und sich wahrscheinlich auch darüber klar werden sollen, wie die kurzfristige Verschuldung der Städte in Anleihen konsolidiert werden kann.

Ueber Anträge für neue Anleihen dürfte auch dieses Mal noch nicht verhandelt werden. Für die weitere Herbeiführung von Auslandsanleihen wird es also für den Augenblick noch bei der seit Monaten nun tatsächlichen Stilllegung bleiben. Schon jetzt muß gefordert werden, daß die Ergebnisse der bei den Städten durchgeführten Erhebungen so schnell als möglich veröffentlicht werden, damit die Öffentlichkeit in die tatsächliche Verschuldung der Städte auch in den einzelnen Fällen einen klaren Einblick erhält.

Mit Recht wird jetzt in der Öffentlichkeit die Frage diskutiert, ob es bei dem bisherigen Zustand bleiben kann, daß die deutschen Städte in der Beratungsstelle nicht misssprechen dürfen.

Ihre Finanzwünsche sind es, über die dort von anderen Körperschaften und anderen Instanzen entschieden wird. Sie vertreten dabei die Interessen von einer viele Millionen starken Großstadtbefölkerung, und es kann kein Zweifel darüber sein, daß die jetzt die städtischen Interessen vertretenden städtischen Körperschaften selbst bei dem besten Willen keine Garantie dafür bieten können, daß die kommunalen Interessen auch wirklich sachverständig wahrgenommen werden. An sich ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Städte durch einen ständigen Vertreter in der Beratungsstelle vertreten sein müßten.

Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit hat sich aber auch praktisch erwiesen, seitdem durch die schon behauptungen Schachts über die verschwindende Finanzpolitik der Städte und durch die lahme Antwort Köhlers klar geworden ist, daß selbst die berufensten Sachverständigen und Behörden die von ihnen vertretene Materie absolut nicht beherrschen. Für die Länder könnte eine Vertretung der Städte nur eine Entlastung bedeuten. Dem Reich selbst wäre eine Vertretung der Städte in verschiedenen Richtungen nur eine willkommenes Stützglied. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Vertretung der Städte dem Deutschen Städtekongress entnommen werden muß, wobei es allerdings wahrscheinlich ist, daß die Körperschaft des Deutschen Städteklages für die Auswahl kommunaler Sachverständiger eine ausreichende Beweglichkeit bieten würde.

Hier sind heute leider so weit, daß die Städte mit ihren Anleihenwünschen vor der Beratungsstelle für Auslandsanleihen schon als Angeklagte stehen. Sie müssen die Möglichkeit haben, auch abgesehen von allen grundsätzlichen Ermögungen ihre Interessen nachdrücklich verteidigen zu können.

Maschinenindustrie steht noch gut.

Ueberflüssiges Bekenntnis zum sozialen Rückschritt.

Lageberichte der Maschinenindustrie sind jetzt von besonderer Bedeutung. Als Produktionsmittelindustrie muß ihre Lage erkennen lassen, ob an den Vermutungen etwas daran ist, daß die wachsende Arbeitslosigkeit auch konjunkturell, d. h. in einem allgemeinen Rückgang der Beschäftigung begründet ist. Die in Lohnkämpfen stehende Metallarbeiterchaft hat ein besonderes Interesse an der Lage in der Maschinenindustrie. Ist die Lage in der Maschinenindustrie bisher in der Tat noch günstig, aber doch mit einer leichten Tendenz zur Verschlechterung, so kann die Erhöhung der Eisenpreise besonders gefährlich werden.

Der Dezemberbericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten gibt dazu einige Anhaltspunkte. In der leicht abwärtsführenden Kurve des Inlandsgeschäftes habe der Monat Dezember noch keinen Richtungswechsel gebracht. Das Auslandsgeschäft sei auch im Dezember unverändert — d. h. unverändert gut — gewesen. Der Auftragsbestand gestatte den meisten Firmen noch bis auf weiteres die Aufrechterhaltung der bisherigen Beschäftigung. Mit diesen Feststellungen steht die andere im Widerspruch, daß sich der Eindruck verstärke, man habe es schon mit einer Abschwächung der inländischen Konjunktur zu tun. Denn in der Tat können Saisongründe ausreichen, um die leichte Berringerung der Inlandsnachfrage und Inlandsaufträge zu erklären. Jedenfalls könnte die Eisenpreiserhöhung in dieser Lage der Maschinenindustrie in der Tat gefährlich werden.

Die noch immer günstige Lage der Eisenindustrie beleuchtet die Feststellung, daß Holz- und Edelmetalle zum Teil sehr lange Lieferfristen verlangen und daß selbst Fristüberschreitungen keine Seltenheit waren.

Verhältnismäßig günstig sei die Lage in der Textilmaschinenindustrie, die Beschäftigung der Wagengabriken, im Armaturenbau und in einigen Sonderzweigen der Werkzeugmaschinenindustrie. Fühbarer Rückgang — der Saison entsprechend — verzeichnen die Land- und Baumaschinenindustrie, sowie für das Inlandgeschäft der Druckmaschinenbau.

Für das ganze Jahr 1927 wird eine Versandmenge von ungefähr 2,6 Millionen Tonnen festgestellt, die immerhin noch um 0,8 Millionen Tonnen hinter der Versandmenge der Vorkriegszeit (wahrscheinlich alles Gebiet) zurückbleibt. In der Ausfuhrmenge hat die deutsche Maschinenindustrie England überholt und wieder den Platz hinter den Vereinigten Staaten von Nordamerika besetzt. Der Ausfuhrüberschuss der Maschinenindustrie betrug 1/2 Milliarden Mark, der höchste Ausfuhrwert aller deutschen Industrien.

Im Vergleich zu früheren Jahren ist das Bild zweifellos günstig, und auch der Monat Dezember des vergangenen Jahres hat das Bild nicht verschlechtert. Bedauerlich dabei ist, daß auch der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, der es nicht nötig hätte, das falsche Lied von der Mengenkonjunktur zu singen, die keine Preiskonjunktur gewesen wäre. Wir haben es oft genug gesagt und wiederholen es auch jetzt, daß Sanierungsmaßnahmen für jede Industrie keine Preisunterstützung sein können und daß sie glückliche Jahre sind, wenn sie Jahre der Mengenkonjunktur sind. Auch bei unveränderten Preisen, aber vergrößerten Abnahmemengen wachsen die Gewinne, und die neuen Abschlüsse werden wie die bisherigen beweisen, daß auch die Maschinenindustrie viel mehr verdient hat als früher. Sie hätte wahrscheinlich aber noch viel mehr verdient, wenn sie noch weniger auf die Preise und noch mehr auf die Abnahmenge geachtet hätte. Statt jetzt in die alte Melodie des Notprogramms der deutschen Spitzenverbände einzustimmen, von der Selbstkostenkrise zu reden und wieder gegen die sozialen Kosten vom Leber zu ziehen.

Ueber die Eisenpreiserhöhung wird im Dezemberbericht nicht gesprochen. Wahrscheinlich will der VDMB. der neuesten Stellungnahme der „Aoi“ Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie) nicht vorgreifen.

Arbeitsmarktbilanz Mitte Januar.

Das Tempo der Verschlechterung des Arbeitsmarktes in der zweiten Januarwoche hat nach den einzelnen Berichten der Arbeitsämter unter dem Einfluß der milden Witterung der letzten Tage merklich nachgelassen. In einigen Bezirken gleichen sich Zugänge und Abgänge sogar annähernd aus. In einigen weiteren Bezirken ist infolge des Witterungsumschlages schon eine leichte Belebung des Baugewerbes und auch der Baustoffindustrien eingetreten, was an der Berringerung der Zahl der Arbeitsuchenden im Baustoffgewerbe zu spüren ist. Man scheint schon früh mit einer Wiederaufnahme der Bauarbeiten rechnen zu dürfen, denn es ist unmerkbar, daß starke Verkauf bestei. Auch die Binnenschifffahrt ist zum Teil wieder in Gang gekommen.

Irgendwelche stärkeren Anzeichen für eine konjunkturelle Verschlechterung haben sich zurzeit nicht ergeben. Die auffallend starke Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger allein bietet keinen ausreichenden Anhaltspunkt. Nach der ungewöhnlich starken Beschäftigung des Baugewerbes und seiner Nebenindustrien im Januar 1927, besonders in seinem letzten Teil, mußte auch ein entsprechend stärkerer saisonmäßiger Rückschlag als in den Vorjahren erfolgen. Der Zugang an Arbeitsuchenden in der Metallindustrie, der in den letzten Wochen schon merklich anstieg, scheint fast überall zurückgegangen zu sein. Ob sich durch die neue Eisenpreiserhöhung irgendwelche schädlichen Konjunkturstörungen in der Wirtschaft, besonders in der metallverarbeitenden Industrie, bemerkbar machen werden, die dann auch nicht ohne nachteilige Folgen für den Arbeitsmarkt bleiben würden, muß abgewartet werden.

Die Pächter auf Rügen beruhigen sich.

Die kürzliche Meldung, daß auf der Insel Rügen rund 200 Pächter in den Streik getreten sind, hat sich, wie zu erwarten war, nur in geringem Umfang bestätigt. Die Erhebungen des zuständigen Landratsamts haben ergeben, daß bisher 10 Pächter ihre Arbeiter entlassen haben und auf wenigen anderen Gütern Teilerlösnissen vorgekommen sind. Zum 13. Januar sollte bekanntlich bei sämtlichen 200 Pächtern die Stilllegung der Betriebe durchgeführt werden.

Auch ein ost-ober-schlesischer Montantrust. Die im Besitz des Grafen v. Ballestrem befindliche Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-L. G. ist seit der 1926 erfolgten Gründung der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke L. G. in Gleiwitz nur noch eine Halbinselgesellschaft, da sie ihre gelamten in Deutsch-Oberschlesien befindlichen Werke in diese neue Gesellschaft gegen Herausgabe von Aktien eingebracht hatte. Auch im polnischen Ostoberschlesien wurden die Ballestremischen Industrieunternehmungen selbstständig gemacht, so die Friedenshütte mit 20 Millionen Aktienkapital, und der Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-L. G. blieb nur die Verwaltung des Aktienbesitzes übrig. Wie jetzt aus Katowitz gemeldet wird, besteht die Absicht, die Friedenshütte, die Ferrum-L. G. in Katowitz und die übrigen auf polnische Gebiete befindlichen Unternehmungen des Grafen v. Ballestrem zu einem ost-oberschlesischen Montantrust zusammenzuschließen, durch die kürzlich erfolgte Übernahme des Henkel-Donnersmarckschen Grubenbesitzes durch Ballestrem einen bedeutenden Nachschub erhalten würde. Dem Zusammenschluß liegen offenbar Rationalisierungsbemühungen zugrunde, da die bisher getrennten ostoberschlesischen Werke mit dem westoberschlesischen Montantrust nicht Schritt halten konnten. Besondere Kapitalveränderungen entstehen für die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-L. G. aus dieser Neugründung nicht, da sie fast ausschließlich Aktienbesitzer dieser Unternehmungen ist. Mit 15 000 bis 17 000 Mann Belegschaft wird die neue Gesellschaft das größte ober-schlesische Unternehmen sein.

Die Arbeitsmänner.

Wir sind das Heer! Wir sind das Heer!
Wir sind die Soldaten der großen Stadt.
Wir stehen Posten an Rlemen und Rad,
an Schalter und Hebel und jeder hat
seinen Teil, wie der Tropfen am Meer.

Wir sind die Ebbe, wir sind die Flut.
Wir sind die Dünung zwischen Mauer und Stein.
Den Morgen singen wir hämmernd ein.
Der Abend verdämmt im Flammenschein
unserer stinkenden Lebensgut.

Wir sind der Sturm, wir sind die Ruh.
Wir sind der brennende Rhythmus der Zeit.
Der Strom sind wir, der mächtig und breit
schäumt von Ewigkeit zu Ewigkeit
fernen, leuchtenden Zielen zu!

Wir sind das Heer! Wir sind das Heer!
Wir sind die Soldaten auf heiliger Wacht.
Wir kommen aus Stadt und Stein und Nacht
mit unserer gewaltigen Uebermacht
über die Länder und über das Meer!

Alfred Scholz.

Für das Kind.

Von Arpad Sebea.

(Einsig autorisierte Uebersetzung aus dem Ungarischen
von Maurus Regei, Wien.)
(Schluß.)

„Dann also . . .“ sprach der Mann.
„Ach,“ sagte das Mädchen und sie bewegte plötzlich den Fuß.
„Vielleicht wäre es gut . . . ich ein wenig zu massieren,“ fragte
der Jüngling unsicher.
„Es ist mir so peinlich . . .“
„Es wäre aber dennoch gut. Soll ich?“ Und er kniete auch
schon nieder und zog ihren Strumpf hinab . . . Das Mädchen
lehnte sich zitternd zurück.
„Tut es weh?“ fragte der Jüngling.
„Nein, ja, ein wenig,“ log sie, während ihr das Blut wild durch
die Adern stürzte.
„Ein bißchen Alkohol wäre aber gut. Haben Sie weichen zu
Haus?“
„Alkohol?“ sagte das Mädchen. „Genügt auch Kognak?“ Und
sie deutete auch schon auf die Krabben. „Dort ist weicher.“
Der Jüngling schüttelte sich ein wenig auf die Handfläche und
fuhr dann langsam mit seinen Fingern über die Knöchel des
Mädchens. „Sie ist gar nicht so häßlich,“ sprach er für sich, indem
er aufblickte, „auch ihre Füße sind ganz schön geformt und wie weiß
sie sind.“
Das Mädchen ließ es zu, daß er ihren Fuß streiche.
„Ein Mann, ein Mann hier vor mir,“ dachte sie, während ihr
Rund laut sagte: „O, danke, es ist auch schon bedeutend besser,
vielleicht wäre es aber gut, wenn Sie ein bißchen ousrugen würden.“
Der Jüngling hielt mit geröteten Wangen inne.
„Jetzt nehmen Sie ein wenig Platz, bringen Sie aber zuerst die
Flasche her. Wenn es für meinen Fuß gut war, verdienen auch
Sie ein Gläschen davon.“
„Störe . . . ich Sie aber nicht,“ sprach der Mann.
„Ich bin mein eigener Herr. Und ich werde Sie doch nicht fort-
lassen, ohne mich Ihnen zumindest mit einem Gläschen Kognak er-
kennlich zu zeigen.“
Sie schenkte ein.
„Auf Ihre Gesundheit,“ sagte der Mann.
„Die Sie mir wiedergegeben haben,“ erwiderte das Mädchen,
ihm lieb zulächelnd.
Beim dritten Glas fühlte sie einen kleinen Lärmel, beim vierten
hinnte sie zum Klavier, rief auch den Mann zu sich, und sie spielte.
Heiße Fleder entströmten unter ihren geübten Händen dem In-
strument, Fleder, die ihr nie jemand zugewendet hätte und die den
Mann betäubten.
„Trinken wir,“ sprach dieser plötzlich, „trinken wir auf den
herrlichen Zufall, der uns zusammengeführt hat.“
Er war schon halb betrunken, auch das Gesicht des Mädchens
glühte, sie schlug mit ihren mageren Fingern wild auf das Klavier
ein und erschöpfte läppige Tanzlieder erklangen . . . Jetzt packte der
Mann plötzlich den Kopf der Frau und drückte auf ihre schmalen
Wippen einen Kuß.
„Tragen Sie mich zum Armstuhl, tragen Sie mich zum Arm-
stuhl,“ sagte ein wenig befehlend mit gebeugtem Kopf das
Mädchen.
Sie umklammerte den Hals des Mannes, dieser hob sie in die
Höhe, er fühlte ihren warmen Arm, ihren glühenden, weißen, kleinen
Körper durch das durchsichtige Kleid und er trug sie zum . . .
Divan.
„Verzeihen Sie mir,“ sprach der Mann, „ich wußte nicht,
was . . .“
Er war ganz erschüttert. Das Mädchen antwortete nicht. Mit
geschlossenen Augen, aber dennoch sanft lächelnd lag sie dort.
„Dummheit,“ sprach der Mann für sich. Er sah, daß das
Mädchen schlummerte, er zögerte einen Moment, dann . . .
Als das Mädchen die Augen öffnete, war sie allein.

frank und wir waren gezwungen, uns um eine andere Lehrerin
umzuschauen,“ oder: „Danke, wir lassen das Kind jetzt Violinspielen
lernen,“ oder: „Wir lassen das Kind nicht mehr lernen.“ Und sie
vernahm hinter ihrem Rücken entrüstete Worte oder ein unter-
drücktes Lachen.
Ihr verkümmertes Körper fiel noch mehr zusammen. Aus
ihrem blassen Gesicht verfloß das Leben. Sie mußte aber leben,
sie hatte ein Kind. Ein Kind. Und indem sie an dieses dachte, wurde
es ihr warm ums Herz . . .
Sie bekam in einem in der Nähe ihrer Wohnung befindlichen
kleinen Kino einen Posten als Klavierpielerin. Sie betrachtete die
von der reflektierenden Beleuchtung hellen Gesichter, sie hörte ihre
Bemerkungen, sah, wie sie sich freuten, sah, wie sie sich ängstigten,
wenn oben auf der Leinwand einem erkrankten Jemand eine Unbill
widerfuhr. Sie betrachtete sie, wie das kleinste Unrecht sie ent-
rüstete und empörte und wie sie imstande gewesen wären, gegen
die Ungerechtigkeit mit den Fäusten loszugehen. Und sie mußte mit
ihnen allen fühlen und nach ihren Stimmungen spielen. Im
Finstern. Und wenn es Licht wurde, schaute niemand auf sie, emp-
fand niemand mit ihr, vielleicht wußten sie gar nicht, daß sie
existierte. Sie war kein Kinodrama.

In der kurzen Pause aber eilte sie nach Hause und gab ihrem
Kinde die Brust.

Brief aus dem Krankenhaus.

Von Gerda Beyl.

Liebe . . .
Als ich die Arbeit verlassen mußte und durch den sonnigen Tier-
garten ins Krankenhaus fuhr, erleichtertest du mir den Abschied:
„Loh' gut sein, es vorbringen manche die „Ferien“ in Raabitz.“
Es ist hier wirklich, wie in jenem anderen Teil von Raabitz:
Ich bin nicht mehr ich. Ich bin eine Nummer. 9760 — so kennst du
mich erreichen — und vorläufig, bis man den Bazillus entdeckt hat,
der mir zu schaffen macht, vorläufig bin ich sogar Fall 9760.
Schwestern sehen nach mir, in einem fort, fragen mich geschickt
und ungeschickt aus nach den Lebensumständen; die Bezeichnung
meiner Religion wurde vorher schon für die Statistik genau gebucht.
Die Schwestern rufen auf dem Korridor: „Die Müller zur Durch-
sichtung“, „Die Schulze Abgang“. Weißt du, hier werde ich ganz
kindisch; bei diesem „du“ klappt in mir der Kindervers: „Die steht
im Stall, hat vier Beine und 'nen Schwanz und du — bist 'ne
dumme Gogelgans!“

Ich leg auf sehr kalten oder niedrig hängenden Stimmdecken,
allein in einer grauen Steinstube, fünf zu zehn Schritt. Hinter mir
das Fenster, vor mir die Tür mit einer verhängten Glasfläche. Alle
paar Minuten hebt jemand das Tuch, Augen starren herein, ich
merke es jedesmal. Man will wohl feststellen, ob ich noch lebe . . .
Um 18 Uhr beginnt die endlose Nacht. Selbst höchst die
Nachtwache durch die Gänge, alles ist still. Weiblich vom Hofen
schreit eine Schiffspeife. Die hörst du auch . . . Zum Teufel, ich
werde hier ganz wehmütig. Lange Siege ich wach, doch morgens um
6 Uhr schreie ich fest, da weckt man mich — messen.
An der Wand bewegt sich etwas, eine große Spinne schreitet
vorsichtig auf ihren langen Beinen. „Spinne am Morgen, bringt
Kummer und Sorgen“ logt man bei uns und läßt nur die Spinnen
leben, die man am Mittag („Glück am dritten Tag“) oder am Abend
(„erquickend und labend“) sieht. Sorgen habe ich hier in jedem
Stoll — und ich bin so närrisch zu hoffen, daß das Spinnentier am
Mittag und Abend wiederkommen wird. Doch mir jemand Glück in
dies Gemauer bringt, kann ich wohl gebrauchen!
Endlich, um 9 Uhr, nach fünfzehn Stunden, gibt es etwas zu
essen. Aber ich darf es nur ansehen. Rüstern muß ich zur Mut-
entnahme sein. Blutentnahme — in die Arme bohren sich die
Spritzen, binden ab, und saugen mir das Blut heraus. Die Arme
erschauern, mein Kopf ist leer und müde und taumelig. Du wirst
sicheln, weil es nichts Schlimmes ist — aber der Schmerz, den jeder
selbst erliden, ist doch der schlimmste.
Am Mittag schleppt man mich ins Röntgenlaboratorium,
zwischen zwei Matten gequiecht, gedrückt, gezerrt — der Arzt ruft
der Schreibschreiber zu: „D. L. o. B.“ — glücklich rate ich: „Durch-
leuchtung ohne Befund.“ Lange frei! Hurra!
Das Unangenehme scheint mir vorbei. Ich werde noch etliche
Zeit durch den Spion bespioniert werden, werde zur Thorvisite, dem
Soldaten beim Appell gleich, „stramm“ im Bett liegen und dann —
dann werden wir zusammen die Schiffspeife hören! Wenn es bald
wäre . . . Und den Spinnen werde ich zu keiner Stunde mehr
gram sein.

Webelstürme als Folge eines Delirantes. Eine merkwürdige
Naturerscheinung wird aus Kalifornien berichtet. In San Luis
Obispo, einem bedeutenden Mittelpunkte der Gegend, waren infolge
eines Blighlages die gemauerten Oefenbänke in Brand geraten. Als
in der Nacht der Wind umschlug, bereitete das Feuer sich noch weiter
aus, so daß in der ganzen Gegend sich eine unerträgliche Hitze ver-
breitete. Gleichzeitig entstand ein Wirbelsturm, der so stark war,
daß er ein Haus 50 Meter weit forttrieb, das dann in Trümmern
niederfiel, wobei der Besitzer und sein Sohn getötet wurden. Drei
Tage lang entstanden noch Hunderte solcher Wirbelstürme, die zum
Teil 8 Kilometer weit reichten und einen ungeheuren Schaden an-
richteten.

Der Sitz der Seele.

Von Dr. Friedrich Franke.

Vor wenigen Wochen wurde in Moskau ein eigenartiges
Museum eröffnet: es ist nämlich dazu bestimmt, die Gehirne der
großen Männer aufzunehmen. Der Schöpfer dieses Gehirnmuseums,
Professor Bechterow, der seine Spezialausbildung auf deutschen Hoch-
schulen erhalten hat, ist nun kurz nach Weihnachten im Alter von
60 Jahren gestorben, und sein Gehirn wird zu den ersten gehören,
die in der neuen Forschungsstätte aufgestellt werden. Durch einen
Zufall gelangte Bechterow, der gemeinsam mit dem Neurologen
Rendel bisher unbekannte Kerne und Nervenzellen im Gehirn
entdeckt und Untersuchungen über die Lokalisation bestimmter geistiger
Fähigkeiten angestellt hat, eines Tages in den Besitz eines eigen-
artigen Gehirns. Die Wirne des großen russischen Chemikers
Mendelejew hatte ihm das Gehirn eines Mannes überlassen, um die
Wissenschaft zu fördern. Bechterows Abhandlung „Das Gehirn des
Chemikers Mendelejew“ fand im weiten Kreise Beachtung, die sich
auch seiner Forderung angeschlossen, daß man, um das Genie zu ver-
stehen, die Gehirne genialer Menschen untersuchen müsse. Es wurde
Bechterow ermöglicht, auch das Gehirn des großen Komponisten
Rubinstein zu untersuchen, und zugleich bot sich ihm die Gelegenheit,
das Gehirn eines anderen bedeutenden russischen Meisters zum
Vergleich heranzuziehen. Beide Gehirne zeigten weitgehende Ueber-
einstimmungen, besonders in einer mächtigen Entwicklung jener
Windungen, in denen nach Ansicht der Neurologen Gehörinn und
musikalisches Talent lokalisiert sind.

Ubrigens sind Bechterows Forschungen nur in der Methode
neu, nicht in der Idee. Sobald die Menschheit sich über die ersten,
tierischen Stufen ihres Daseins erhoben hatte, fragte man sich: Was
ist des Menschen Seele, und wie kommen die Handlungen zustande,
die wir als geistige oder seelische bezeichnen? Wo nur allem ist der
Sitz der seelischen Vorgänge? In den Dichtungen Homers wird be-
hauptet, daß sich die Seele im Zwerchfell oder auch im Herz auf-
halte. Schon Hippokrates aus Chios, der erste große Arzt des
Altertums, lehrte dagegen im 5. vorchristlichen Jahrhundert mit
klaren Worten, die ausschließliche Beziehung des Gehirns zur Seelen-
tätigkeit. Er und seine Schüler wußten, daß alle Geisteskrankheiten
Gehirnleiden sind. Descartes, der große Mathematiker, der mit
seiner „Zweifelstheorie“ die neuere Philosophie einleitete, gab der Seele
im Gehirn sogar einen besonderen Sitz in der sogenannten Zirbel-
drüse, dem einzigen dort nicht gedoppelten Organ. Auch Kant war
überzeugt, daß das Gehirn der Sitz der seelischen Funktionen sei.

Der Kants Anschauungen über das Seelenleben drangen kaum
über die Kreise der zeitigen Philosophen hinaus. Wenige
Jahre nach dem Tode Kants beschäftigte sich jedoch hoch und niedrig
mit einer der wichtigsten Fragen des Seelenlebens, freilich in einer
für den Laien sehr bequemen Form. Der Anatom Franz Joseph
Gall (1758—1820) hatte sich viel mit der Anatomie des Gehirns
befaßt; er hat auch die Großhirnrinde, eine graue Schicht an der
Oberfläche des Hirns, als äußerst wichtig erkannt und in die For-
schung einbezogen. Gall und sein Mitarbeiter Spurzheim hielten
1806 und 1807 öffentliche Vorlesungen und Demonstrationen über
die Anatomie des Gehirns in den größten Städten Europas. Am
14. Mai 1808 legten sie der Akademie der Wissenschaften zu Paris
eine ausführliche Denkschrift vor, in der sie zeigten, daß die Groß-
hirnrinde mit ihren Windungen und Furchen in engen Beziehungen
zu allen seelischen Funktionen stehe. Aber die von der Akademie er-
nannte besondere Prüfungskommission wollte von Galls Lehre nichts
wissen. Nahm sie doch an, daß die Hirnrinde ein drüsiges Organ,
wie die Leber oder die Niere sei. Napoleón I., der „erwachtliche
Träumerei“ witterte, rühmte sich seiner vernichtenden Geuer-
schaft gegen Gall. Nicht minder entschieden wandte man sich in
Wien, auf Geheiß des Kaisers, gegen die Gallschen Lehren. Um
nun die große Masse für sich zu gewinnen, nachdem die strengen
Wissenschaftler sich von ihm abgewandt hatten, vergrößerte Gall seine
Lehren. Seine Uebereinstimmungen wurde schließlich eine Lehre von der
Zusammenhang des Gehirns aus einer Reihe bestimmter Organe
für besondere Charaktereigenschaften. Nun suchte er am Schädel beson-
ders bemerkenswerte Stellen, fanden sie sich, so wurde „das Organ“

einzuweisen als entdeckt betrachtet. Von strenger wissenschaftlicher
Methode war in Galls Verfahren bald keine Spur mehr zu finden.
Diente ihm doch die äußere Umhüllung des Gehirns, die fröherne
Kapsel mit ihren Erhebungen und Vertiefungen dazu, aus ihrer Ge-
stalt weitreichende Schlüsse zu ziehen. Aber gerade dieser Umstand
war der Verbreitung seiner Lehre günstig. Schließlich hat jeder zu
denartigen „Forschungen“ Talent und Geschick; ihre Ergebnisse sind
fast immer anregend und volkstümliche „Erfahrungen“ bestätigen
regelmäßig die Lehren, die auf solchen Theorien gegründet werden.

Tierexperimente und Beobachtungen anderer Forscher am
Krankebett und bei Sektionen zeigten, daß in Galls Lehre ein berech-
tigter Kern steck. Man konnte unwiderleglich nachweisen, daß
bestimmte willkürliche Bewegungen unseres Körpers ihrer Ursprung
in der Hirnrinde haben. Die Beziehungen der Großhirnrinde zu den
geistigen Vorgängen wurden eine gesicherte Tatsache der örtlichen
Wissenschaft. Zum Psychologen und Philosophen stellte sich der
Anthropologe. Eine ganze Reihe von Methoden wurde ausgearbeitet,
um die Bildung des Gehirns genau zu bestimmen. Man begnügte
sich nicht damit, die Schädelformung und den Schädelinhalt, das
Verhältnis des Körpers zum Gehirngewicht festzustellen. Proca
beobachtete, daß mit der Fortbildung der dritten linken Stirnwindung
des Gehirns bei Rechtsbändlern die Unfähigkeit zu Sprachbewegungen
verbunden ist. Bernalde sah, daß die Fortbildung der ersten Schädel-
windung den Verlust des Sprachvermögens nach sich zieht, und
solche Beobachtungen blieben nicht vereinzel.

Nur erst mit dem Beginn unseres Jahrhunderts ist eine plan-
mäßige Durchforschung des Gehirns und seiner Funktionen ein. In
Deutschland leitet Prof. Vogt das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirn-
forschung, dessen Direktor er ist. Vogt fand, daß man die Rinde des
ganzen Großhirns in sieben, von außen nach innen aufeinander-
folgende Hauptschichten gliedern kann. Je niedriger ein Tier organi-
siert ist, um so weniger Schichten finden sich. So weist der All-
gator in seinem Großhirn nur eine einzige Schicht auf. Die Schichten
des menschlichen Großhirns sind nach der Zahl und Form ihrer
Nervenzellen recht verschieden; es gibt in jeder Schicht auch un-
erwartete viele, parte drüsig Abweichungen im Aufbau. Eine dritte
Merkmalsgröße: Jede Veränderung in einer Schicht der Großhirn-
rinde wird an der betreffenden Stelle von solchen in allen übrigen
Schichten begleitet. Im Grund dieser örtlichen Unterschiede kann
man nun unsere Großhirnrinde in „Rindenschichten“ einteilen. Jedes
dieser mehreren hundert Rindenschichten hat eine besondere „Archite-
ktonik“ der Zellen, die von bestimmter Bedeutung ist. Anatomische,
experimentelle, klinische und entwicklungs-geschichtliche Methoden haben
eine Mannigfaltigkeit des Gehirnslebens aufgedeckt, die dem ver-
wickelten Seelenleben nunmehr ein ebenbürtiges „Gehirnleben“ zur
Seite stellt. Die erschöpfende, eindeutige Zuordnung von Seelenleben
zu „Gehirnschichten“ ist freilich noch zum großen Teil Zukunftsaufgabe;
aber vieles ist bereits jetzt schon gesichert. Wir kennen z. B. die
Stellen, die als Träger der Fähigkeit zum aufrechten Gange anzu-
sprechen sind; sie sind beim Affen nur schwach, beim normalen Men-
schen stark entwickelt, bei Kranken mit Gehstörungen zerstört. Ein
anderes Beispiel: in der linken Gehirnhälfte des Schimpanse findet
sich ein mächtig entwickeltes Feld; es ist beim Menschen auffallend
entwickelt; wird es beschädigt, ruft es Worttaubheit hervor. Der
verstorbenen Sozialdemokrat Dr. Volkmar Emanuel Burm, auch
bekannt als populärer naturwissenschaftlicher Schriftsteller, hatte Vogt
sein Gehirn vermacht. Die Untersuchung zeigt eine sehr geringe Ent-
wicklung eines primitiven Gehirns. Dadurch war für höhere
Rindengentren mehr Platz im Gehirn, und solche höherentwickelte
wes denn auch das Gehirn Burms an anderen Stellen auf, z. B.
in der Sprachregion im Schläfenhirn. In Venus Gehirn waren
die Zellen einer Reihe von Rindenschichten ganz besonders groß.
Vogt und seine Mitarbeiter haben nachgewiesen, daß seelisch-
geistige Fähigkeiten objektiv durch die Betrachtung des Hirns erkannt
werden können. Vielleicht wird es künftigen Generationen ein-
möglich sein, wertvolle Gehirne zu züchten und damit die Frucht
des Gehirns nutzbar zu machen.

Ihre Schülerinnen hatte sie verloren. Sie wurde überall mit
einem höhnischen Lächeln empfangen. „Danke, Sie waren lange“

